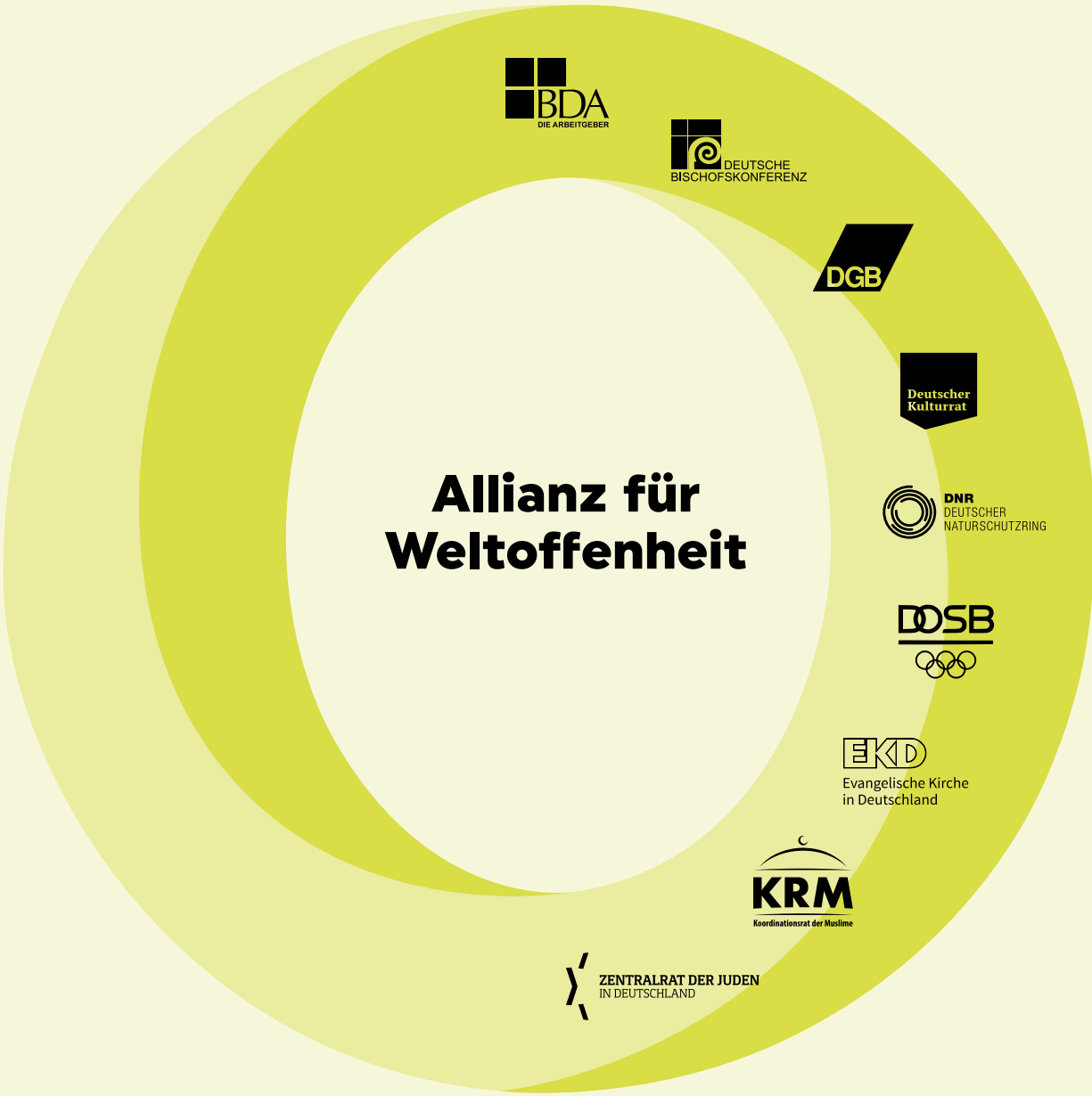
BEILAGE — **12/2021**

Solidarität und Zusammenhalt.

Was wir aus Corona lernen.



Inhalt

05 **Editorial**

06 **Die Gesellschaft als Ganzes zusammenhalten**
Dr. Rainer Dulger
Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände

09 **Aus der Distanz zur neuen Solidarität**
Bischof Dr. Georg Bätzing
Deutsche Bischofskonferenz

13 **Solidarität ist die Zukunft – Corona-Lehren für den Aufbruch in eine neue Normalität**
Reiner Hoffmann
Deutscher Gewerkschaftsbund

17 **Auswirkungen auf allen Ebenen**
Prof. Dr. Susanne Keuchel
Deutscher Kulturrat

21 **Warum Politik wieder einen Willen zur Gestaltung braucht**
Prof. Dr. Kai Niebert
Deutscher Naturschutzring

25 **Bewegung in Zeiten des verordneten Stillstands**
Veronika Rücker
Deutscher Olympischer Sportbund

28 **„Der Mensch lebt nicht vom Brot allein." Was die evangelische Kirche durch die Corona-Pandemie (neu) gelernt hat**
Prälat Dr. Martin Dutzmann
Evangelische Kirche in Deutschland

31 **Die Corona-Pandemie: eine Zeit der Bewusstwerdung und der gemeinsamen Verantwortung**
Dr. Zekeriya Altuğ
Koordinationsrat der Muslime

35 **Neue Wertschätzung für die Demokratie**
Dr. Josef Schuster
Zentralrat der Juden in Deutschland

39 **Impressum**

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

Im Februar 2016 haben wir uns in Berlin versammelt, um gemeinsam die „Allianz für Weltoffenheit, Solidarität, Demokratie und Rechtsstaat – gegen Intoleranz, Menschenfeindlichkeit und Gewalt" zu gründen. Damals hat sich niemand von uns auch nur ansatzweise vorstellen können, dass uns eine globale Pandemie heimsuchen und weltweit Millionen von Toten fordern würde. Kaum einer hätte es für möglich gehalten, dass unsere Wirtschaft durch wiederholte Lockdowns lahmgelegt würde. Niemand hat vorhersehen können, wie sehr wir uns nach der Rückkehr in ein normales öffentliches und privates Leben sehnen würden.

Die Fragen, die uns damals – auf dem Höhepunkt der sogenannten „Flüchtlingskrise" und ihrer rechtspopulistischen Instrumentalisierung – umtrieben, waren andere. Und doch besitzt der Grundgedanke hinter unserer Allianz auch in der Situation, in der wir heute stehen, ungebrochene Gültigkeit. Damals wie heute treten wir als Allianz geschlossen für Demokratie, Solidarität und Rechtsstaatlichkeit ein. Damals wie heute möchten wir ein klares politisches Zeichen für den gesellschaftlichen Dialog und gegen Hass, Menschenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und Gewalt setzen. Damals wie heute machen wir uns gemeinsam für die Würde aller Menschen und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt stark. Und damals wie heute sind wir überzeugt davon, dass diese Ziele von einem breiten gesellschaftlichen Bündnis getragen werden müssen, das unterschiedliche Organisationen, Menschen und Ideen an einen gemeinsamen Tisch bringt.

Wir können nicht in die Zukunft sehen, können höchstens erahnen, welche Herausforderungen auf unsere Gesellschaft zukommen. Und doch stehen wir heute an einem Punkt, an dem es sinnvoll erscheint, die letzten Monate nochmals Revue passieren zu lassen und zu reflektieren, welche Erkenntnisse aus den Erfahrungen der Corona-Krise für die Gestaltung einer „neuen Normalität" gewonnen werden können. Uns eint das Ziel, für eine solidarische Gesellschaft einzutreten, die sich durch sozialen Zusammenhalt mit starker wirtschaftlicher Grundlage auszeichnet und imstande ist, gesellschaftliche Polarisierungen zu überwinden. Was muss sich unbedingt ändern, um für zukünftige Herausforderungen besser gewappnet zu sein? Welche positiven Entwicklungsansätze haben sich in der Krise gezeigt; wie kann es uns gelingen, diese Ansätze auch für den Weg in eine „neue Normalität" zu bewahren und zu nutzen? Das sind einige der Fragen, denen wir mit den Beiträgen aller Allianzpartner im vorliegenden Dossier nachgehen. Dabei ist noch offen, wie intensiv die „neue Normalität" vom Virus und seinen Folgen geprägt sein wird.

Die konkreten Erfahrungen, die Menschen während der Corona-Pandemie bisher gemacht haben, gleichen sich in vielen Dingen; sie unterscheiden sich aber auch in wesentlichen Aspekten. Dementsprechend ist auch der Blick der Allianzpartner kein einheitlicher – unsere Perspektiven sind vielfältig, unsere Schlussfolgerungen setzen zum Teil verschiedene Schwerpunkte. Genau das macht jedoch die eigentliche Stärke unserer Allianz aus: So unterschiedlich unsere Antworten angesichts einer solch fundamentalen Krise auch ausfallen mögen – wir suchen den offenen Austausch untereinander und mit einer breiten Öffentlichkeit. Denn wir halten den Trend zur Unversöhnlichkeit und Radikalisierung von Positionen nicht für unumkehrbar. Vielmehr wollen wir daran erinnern, dass in unserer pluralistischen Gesellschaft Meinungsvielfalt, der respektvolle Umgang miteinander, aber auch die Bereitschaft zur Kontroverse, die gemeinsame Suche nach Kompromiss und Interessenausgleich auf Augenhöhe Garanten einer lebendigen Demokratie sind.

Wir wollen diese Publikation nicht als Versuch verstanden wissen, ein Fazit aus den letzten knapp zwei Jahren Corona-Pandemie zu ziehen. Stattdessen ist uns daran gelegen, Anregungen für eine umfassende gesellschaftliche Debatte zu geben. Wir suchen über unsere Organisationen und über die Allianz hinaus das Gespräch. Mit der Publikation, die Sie in den Händen halten, sprechen wir an alle Leserinnen und Leser eine Einladung aus: Mischen Sie sich ein! Beteiligen Sie sich an der Debatte darüber, was wir alle aus der Corona-Pandemie lernen können. Lassen Sie uns gemeinsam diskutieren, wie die Gesellschaft aussehen soll, in der wir in Zukunft leben wollen.

Dr. Rainer Dulger

Die Gesellschaft als Ganzes zusammenhalten

Die Corona-Pandemie hat die deutsche Wirtschaft ins Mark getroffen. Unvergessen die Bilder kilometerlanger LKW-Staus vor geschlossenen Grenzen, die Fotos leerer Regale in den Geschäften, verwaister Hotels, Bars und Restaurants – Messehallen ohne Messen, dafür umfunktioniert in Notkrankenhäuser und später in große Impfzentren. Die für den Wirtschaftskreislauf so notwendige Planungssicherheit nur noch ein Relikt aus besseren Zeiten. Erzwungene Disruption, wohin das Auge reichte. Selten zuvor in der Geschichte waren die Unternehmen in Deutschland vor derart große Herausforderungen gestellt wie zu Beginn der Krise im Frühjahr 2020. Und mit ihnen die Beschäftigten, die neben finanziellen Sorgen und der Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes auch noch mit der plötzlichen Unvereinbarkeit von Familie und Beruf aufgrund geschlossener Schulen und Kitas zu kämpfen hatten. Alles stand plötzlich auf Anfang, nichts war mehr gewiss: Die Situation forderte jeden Einzelnen, manche aber besonders. Corona zeigt, wie verletzlich selbst Unternehmen in einer solchen Situation sind, wenn Lieferketten zusammenbrechen und Arbeit nicht von heute auf morgen von Präsenz auf virtuell umgestellt werden kann. Mit gutem Grund ist das Stichwort Resilienz mit Blick auf künftige Herausforderungen ein Top-Thema für die Unternehmen geworden.

Viele Unternehmen haben in der Pandemie schnell umgeschaltet. Einfach „Zumachen" ist keine Alternative. Die Menschen müssen weiter mit Produkten und notwendigen Dienstleistungen versorgt werden. Beschäftigung und Einkommen müssen gesichert werden. Dort, wo es möglich und sinnvoll war, wurden quasi über Nacht mit den Beschäftigten unbürokratische betriebliche Vereinbarungen zur Nutzung von Homeoffice gefunden. Der Arbeitsschutz wurde für alle die ausgeweitet, deren Job nicht vom heimischen Schreibtisch aus erledigt werden konnte. Umfangreiche Hygiene-Konzepte und Masken-, Test- und Impfangebote wurden von den Unternehmen schnellstmöglich eingerichtet.

Unternehmen, die vor der Pandemie in die Digitalisierung von Prozessen und Geschäftsmodellen investiert hatten, sind besser durch die Krise gekommen. Das ist eine Erkenntnis der vergangenen zwei Jahre. Sie können schneller auf digitale Services umstellen und ihre Beschäftigten durch mobile Arbeit im Workflow halten. Viele Investitionen sind seitdem in digitale Infrastruktur und Endgeräte geflossen und die Beschäftigten für digitale Tools geschult worden. Die Digitalisierung von Tätigkeiten ist jedoch nicht flächendeckend und in zahlreichen Fertigungsbereichen sogar überhaupt nicht möglich.

Dass der Arbeitsplatzabbau weitgehend abgefedert werden konnte, ist ein Verdienst der Sozialpartner. Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften sind gemeinsam zu Beginn der Krise auf die Politik zugegangen, um das Instrument des Kurzarbeitergeldes zu aktivieren. Die Mechanismen, die bereits in der Finanzmarktkrise 2007/2008 geholfen haben, wurden wieder installiert. Der soziale Frieden und Zusammenhalt im Land – keineswegs eine Selbstverständlichkeit in einer globalen Krise wie dieser – wurde so nach Kräften gesichert.

Mit dieser Vertrauenspartnerschaft zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften konnten größere Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt vermieden und im Aufschwung dringend notwendige Fachkräfte in den Betrieben gehalten werden. Das ist ein großer Erfolg des deutschen Modells der Sozialpartnerschaft. Zahlreiche andere europäische Länder haben das Modell des Kurzarbeitergeldes in der Corona-Krise nach unserem Vorbild übernommen. Die Soziale Marktwirtschaft hat sich in der Krise bewährt. Darauf können wir auch ein wenig stolz sein.

Corona hat uns aber auch offengelegt, wie flexibel wir in der Arbeitswelt sein können und in Zukunft noch werden müssen. Vieles, was vorher undenkbar schien, war auf einmal möglich: Videokonferenzen statt aufwändiger Dienstreisen, mobiles Arbeiten statt Dauerpräsenz im Unternehmen, virtuelle Betriebsratsarbeit und flexiblere Arbeitszeiten. Vieles davon hat sich bewährt. Wir müssen jetzt aufpassen, dass wir nicht in alte Muster zurückfallen und wir das Gute nicht wieder zurückdrehen. Wir brauchen nicht mehr Regulierung, sondern mehr Offenheit für Neues. Wir brauchen weniger Angst, dafür mehr Mut. Wir sollten mehr Vertrauen in die Innovationskraft von Wirtschaft und Beschäftigten haben. Kurzum: Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr Flexibilität.

Es lässt sich sogar sagen: Flexibilität ist die neue Sicherheit. Denn in einer Welt, die sich mit rasender Geschwindigkeit verändert, müssen wir auf neue Entwicklungen und Herausforderungen schneller und entschiedener reagieren, als wir es gewohnt sind. Ein lebenslanger Arbeitsplatz in ein und demselben Unternehmen wird für viele Beschäftigte zunehmend nicht mehr der Standard sein. Das Wechseln des Arbeitsplatzes innerhalb eines Unternehmens oder der Wechsel des Arbeitgebers innerhalb des Berufslebens werden immer mehr zur Normalität. Für Beschäftigte wird sich individuelle Sicherheit auf dem Arbeitsmarkt in erster Linie aus Flexibilität, Veränderungs- und Weiterbildungsbereitschaft und damit einer ständig aktualisierten Beschäftigungsfähigkeit speisen. Dieses neue

Umfeld muss für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch eine gute berufliche oder akademische Erstausbildung, eine kontinuierliche berufliche Weiterbildung, eine innovative Arbeitsvermittlung, Transparenz über Entwicklungsmöglichkeiten und kompetente Beratung flankiert sein.

Die Pandemie hat jedem von uns Veränderungsbereitschaft abverlangt. Das ist für viele Menschen eine enorme Belastung. Rückblickend zeigt sich jedoch auch, dass wir diesen Druck gebraucht haben, um das neue Arbeiten in einer digitalisierten Arbeitswelt wirklich anzunehmen. Der Mut, Neues zu wagen und die Erkenntnis, dass wir uns alle kontinuierlich weiterbilden und anpassen müssen, wären ohne die Krise heute nicht so tief in Wirtschaft und Arbeitswelt verankert.

Dieses Mindset sollten wir uns bewahren. Denn davon, dass wir die Herausforderungen der kommenden Jahre beherzt angehen, hängen die Zukunftschancen der jungen Generationen ab. Die jungen Menschen müssen mit am meisten unter der Pandemie und den Einschränkungen des alltäglichen Lebens leiden. Sie müssen unter schwierigsten Umständen ihren Schulabschluss organisieren oder haben trotz unklarer Perspektiven ihre Ausbildung begonnen und erfolgreich absolviert. Sie sind die Generation, die zurückgesteckt hat, um Ältere zu schützen. Ihnen sind wir es schuldig, dass auch künftige Krisen finanziell, wirtschaftlich und vor allem bildungspolitisch gemeistert werden können. Die Grundlagen dafür müssen wir heute legen.

Was bleibt also als zentrale Erkenntnis, als Learning aus dieser Pandemie? Die Soziale Marktwirtschaft hat ihren spätestens seit der Wirtschafts- und Finanzkrise vor gut zehn Jahren bestehenden Ruf als tragfähiges Zukunftsmodell verteidigt. Wie jeder laufende Motor muss sie aber ständig gepflegt und justiert werden, um nicht ins Stottern zu geraten. Viele Politikerinnen und Politiker haben sich in der Krise eingestanden, dass sie erst jetzt erkannt hätten, dass Wirtschaftsabläufe zu komplex seien, um sie zentral staatlich steuern zu können. Die beste Überbrückungshilfe ersetzt nicht unternehmerische Innovationsfähigkeit. Nicht eine staatliche Steuerung und auch nicht Bürokratie haben Biontech befähigt, mit der schnellen Entwicklung des Impfstoffs den einzig gangbaren Weg aus der Krise zu ebnen. Sondern das Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten, in die Macht von Forschung, Entwicklung und menschlichem Gründergeist. Dass die beiden Gründer auch noch Kinder türkischer Einwanderer aus den 1960er Jahren sind, zeigt auf beeindruckende Weise, was in Deutschland mit harter Arbeit und guten Ideen auf der Basis marktwirtschaftlicher Prinzipien möglich ist. Worauf, wenn nicht auf diese grandiose Leistung von Biontech, sollten wir schauen, wenn wir nach Hoffnung für die unternehmerische Lösung anderer komplexer Herausforderungen für unsere Wirtschaft und Gesellschaft suchen?

Vergessen werden darf jedoch nicht, wie groß die gesellschaftspolitischen Spannungen in der Krise trotz Hilfspaketen waren und sind. Herausforderungen im globalen Maßstab mit ungewissem Ausgang sind ein Nährboden für Verschwörungstheoretiker jedweder Couleur. Sie heizen das gesellschaftliche Klima in unserem Land gefährlich auf und verstärken bestehende Konflikte. Politik und Wirtschaft kommt folglich nicht nur die Aufgabe zu, die gesundheitliche Ausnahmesituation ohne volkswirtschaftliche Blessuren zu meistern, sondern auch die Gesellschaft als Ganzes zusammenzuhalten. Die Arbeitgeber haben es deshalb immer als ihre Aufgabe verstanden, bestmöglichen Gesundheits- und Arbeitsschutz zu gewährleisten, aktiv an der Corona-Aufklärungskampagne mitzuwirken und vor allem auch unkompliziert und in großem Stil ihren Beschäftigten Tests und Impfungen anzubieten. Und das alles bei laufendem Betrieb.

Jedem von uns sollte nach den Erfahrungen der Jahre 2020/2021 klar geworden sein, dass Wirtschaft nicht alles ist – aber ohne Wirtschaft vieles nichts. Man stelle sich vor, zusätzlich zur psychischen Ausnahmesituation der Pandemie, zur Riesenbelastung von Familien mit kleinen Kindern oder Schülerinnen und Schülern zuhause, wären Arbeitsplatzverluste auf breiter Front hinzugekommen. Unser politisches System und unser gesellschaftlicher Zusammenhalt – das demokratische Gemeinwesen, auf das der Erfolg unserer Wirtschaft fußt – wären einem noch größeren Stresstest ausgeliefert gewesen. Verantwortliches Handeln zeichnet die deutsche Wirtschaft aus. Nur deshalb haben wir vergangene Krisen besser als andere Länder gemeistert und Extremisten so gut es geht den Wind aus den Segeln genommen. Bei alldem brauchen Unternehmen aber Rückendeckung und Partner, auf die sie sich verlassen können.

Das zentrale Fazit lautet also: Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften müssen keine Kontrahenten sein, wenn es darum geht, tragfähige Lösungen in schwieriger Lage zu finden. Voraussetzung ist Kompromissfähigkeit, Offenheit für die Situation des Gegenübers und die Bereitschaft anzuerkennen, dass der andere recht haben könnte. Das ist uns in der Krise eindrucksvoll gelungen und auf diese Erfahrung sollten wir auch künftig bauen. Die Allianz für Weltoffenheit schafft hierfür das notwendige Fundament. Deshalb unterstützen wir als Arbeitgeber das wichtige Engagement der Allianz und ihrer Partner mit aller Kraft.

BDA
DIE ARBEITGEBER

Dr. Rainer Dulger
Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände

Bischof Dr. Georg Bätzing

Aus der Distanz zur neuen Solidarität

Das hat gesessen! „Ich war noch nie so enttäuscht von der Kirche", lautete das Urteil des bekanntlich meinungsstarken Journalisten und Autors Heribert Prantl über die Kirchen in Zeiten der Covid-19-Pandemie in einem Interview mit dem Domradio. „Warum hat man den Leuten die Gemeinschaft entzogen? Warum hat man sie alleingelassen?", fragt er im ersten Corona-Sommer. An anderer Stelle führt er aus: Die Kirche habe ihre Tore geschlossen und damit die Orte verschlossen, an denen Menschen inne- und zusammenhalten können. Begegnungsmöglichkeiten seien ausgefallen, persönlicher Beistand der Pandemie geopfert worden (so Prantl in seiner Kolumne in der Süddeutschen Zeitung am 07.08.2020). Mutlos erlebte auch der Soziologe Hartmut Rosa die Kirchen. Ihn irritierte zu sehen, dass die Frage kirchlicher Systemrelevanz besonders in den Kirchen selbst gestellt und diskutiert wurde (Herder Korrespondenz 10/2020, 34-35).

Diese exemplarisch genannten Urteile sind sicherlich hart, zeigen aber auch, was viele Menschen auch heute noch von den Kirchen erwarten: Sie sollen Orte der Gemeinschaft schaffen, an der Seite der Menschen – gerade von Bedürftigen, Abgehängten, Einsamen, Sterbenden und Trauernden sein (Prantl), oder Zugänge zu menschlichen Erfahrungen wie Ehrfurcht, Dankbarkeit eröffnen, die es sonst nicht gibt (Rosa). Sie sollen vor Ort ansprechbar und Anwälte derer sein, die ihre Bedürfnisse und Interessen selbst nicht artikulieren können – vielleicht, weil ihnen die Kraft fehlt, ihre eigene Stimme zu erheben, oder sie nicht über die entsprechende Lobby verfügen. Das Hadern mit der kirchlichen (Nicht-)Präsenz machte aber auch deutlich, dass viele den Kirchen noch eine Bedeutung für das individuelle spirituell-religiöse Leben wie für unsere Gesellschaft zuschreiben. Nicht zuletzt aus diesem Grund haben die Religionsgemeinschaften in vielen Gesprächsrunden mit den politisch Verantwortlichen auf den unterschiedlichen Ebenen unter der Beachtung des Gesundheits- und Infektionsschutzes konstruktive Vorschläge unterbreitet, um Gottesdienste und Seelsorge an den unterschiedlichen Orten möglichst schnell wieder zu ermöglichen.

Aber wie haben die Kirchen selbst ihre Arbeit und Relevanz in Zeiten der Corona-Pandemie wahrgenommen? Was lief gut, wo taten wir uns schwer, wo haben wir womöglich versagt? Die Antwort auf diese Fragen fällt vermutlich differenziert aus – je nachdem, welches Stadium der Pandemie und welches Feld des kirchlichen Handelns wir betrachten. Reden wir von der Phase des ersten Lockdowns, die uns alle, jeden gesellschaftlichen Teilbereich, jeden Einzelnen in Grenzbereiche führte? Reden wir von der Zeit des Ausfalls der Präsenzgottesdienste in der Fastenzeit und Ostern 2020? Reden wir von den Grenzen und Möglichkeiten der Seelsorge in Krankenhäusern und Altenheimen, von Trauungen, Taufen, Kommunionfeiern und Beerdigungen? Je nach Phase der Pandemie mit ihren unterschiedlichen Wellen und Regelungen wird die Antwort auf diese Fragen unterschiedlich ausfallen.

In der international und konfessionsübergreifend angelegten Studie Churches Online in Times of Corona (CONTOC) wurden auch über 1.500 katholische Hauptamtliche aus den 27 deutschen Diözesen während des ersten Lockdowns im Frühjahr 2020 befragt. Im Mittelpunkt der Erhebung standen Erfahrungen von Hauptamtlichen im gemeindepastoralen Feld. Es ging um pandemiebedingte Herausforderungen in den Bereichen Gottesdienst, Seelsorge, Diakonie, Bildung sowie deren eigenes Rollenverständnis. Die Perspektive der Untersuchung ist damit eine eingeschränkte. Abgefragt wurde die Wahrnehmung der Hauptamtlichen (Pfarrer, Pastoral- und Gemeindereferenten ...), wo sie während des ersten Lockdowns Herausforderungen, Schwierigkeiten, aber vielleicht auch Möglichkeiten ungeahnter Kreativität in ihrer Arbeit sahen.

Ein Schwerpunkt der Studie lag auf dem Feld der Liturgie und des Gottesdienstes. Dieser Umstand mag damit zusammenhängen, dass durch Lockdown und Versammlungsverbote die Möglichkeiten der gottesdienstlichen Versammlung zeitweise ausgeschlossen und später nur mit besonderen Auflagen gegeben waren. Dabei widersprechen die Ergebnisse der CONTOC-Studie teilweise dem Bild, das in öffentlichen Diskursen über die Kirchen gezeichnet wurde. Richtig ist: Registrieren, Desinfizieren, Abstände, Masken, Verzicht auf Gemeindegesang waren Regeln, die in Gottesdiensten galten. In den Gemeinden vor Ort wurde der physische Abstand eingehalten. Aber *physical distancing* ist nicht gleichbedeutend mit *social distance*. So wurde an vielen Orten mit neuen – besonders digitalen – Gottesdienstformen experimentiert, um die Menschen zu erreichen, die sich eben nicht körperlich in der Kirche begegnen konnten. Auf Beteiligungsmöglichkeiten der digital versammelten Gottesdienstgemeinde wurde große Aufmerksamkeit gerichtet – vielleicht sogar mehr, als es sonst üblich ist. Auch wurden Personengruppen bewusster in den Blick genommen, die man üblicherweise mit dem klassischen Präsenzgottesdienst in der Kirche vor Ort nicht erreicht – etwa Menschen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind. So konnte die Verbindung zu denen aufrecht erhalten bleiben, zu denen schon zuvor eine Verbindung bestand. Wo bereits vor der Pandemie lebendige Gemeinschaften bestanden, schafften es diese auch, die Zeit der physischen Distanz zu überbrücken. Andere, neue Zielgruppen wurden dagegen weniger erreicht, lose Angebundene womöglich verloren.

Wenn mit viel Kreativität und Engagement neue liturgische Formen und digitale Angebote entstanden, resultierten sie meistens aus einem guten Miteinander von Haupt- und Ehrenamtlichen. Bereits im Jahre 2015 veröffentlichten die deutschen Bischöfe den Text „Gemeinsam Kirche sein", mit dem sie Impulse zu einem anstehenden Perspektivwechsel beziehungsweise Mentalitätswandel in der Pastoral geben wollten. Zentral ging es dabei um einen Haltungswechsel von der Versorgungs- zu einer Partizipationsmentalität. Möglichst viele Gläubige sollen mit ihren Fähigkeiten, Talenten und Möglichkeiten das kirchliche Leben mitgestalten, mitentscheiden und mitverantworten. In der Corona-Krise zeigt sich, dass die Pfarreien und Seelsorgerinnen und Seelsorger, die sich in den letzten Jahren auf einen solchen Mentalitätswandel eingelassen haben, auch im Lockdown kreativ und aktiv pastoral tätig sein konnten und waren.

Wer als Seelsorger seine Hauptaufgabe in der Rundumversorgung der Gemeinde sah, fand sich vielleicht im „Corona-frei" wieder und fühlte sich zusehends verunsichert angesichts geschlossener Kirchen und Gemeinderäume. In der Öffentlichkeit wurde diese Berufskrise, wie in den oben genannten Zitaten angedeutet, als Identitätskrise der Kirchen wahrgenommen, die durch den Ausfall öffentlich gefeierter Gottesdienste ihrer fehlenden Systemrelevanz überführt wurden. Gleichsam unterhalb dieser medialen Wahrnehmung entwickelten aber andere Seelsorgerinnen und Seelsorger mit Ehrenamtlichen zum Beispiel Online-Gottesdienste und -gebete oder engagierten sich in örtlichen Hilfsnetzwerken. Wo solche Vernetzungen der Gemeinden schon vor Corona bestanden, konnten sie auch in Zeiten der Pandemie aktiviert und genutzt werden.

So hat Corona das Selbstbewusstsein mancher Gläubigen gestärkt, ihr Glaubensleben und ihr Engagement aus dem Glauben selbstbestimmt zu gestalten. Für andere wurde in Corona-Zeiten eine bisher latente Entfremdung vom Glauben und von der Kirche plötzlich offenkundig und führte zum Abbruch ihrer Beziehungen zur Kirche. Damit hat die Pandemie in der Kirche (wie auch in vielen anderen gesellschaftlichen Teilbereichen) Entwicklungen in die eine wie in die andere Richtung an die Oberfläche gebracht und beschleunigt.

Besonders herausgefordert waren die Kirchen außerhalb der klassischen Pfarreien – also dann, wenn sie die „schützenden Kirchenmauern" verließen. Ehrenamtliche der Bahnhofsmissionen organisierten in Kooperation mit vielen Partnern Verpflegung oder Duschmöglichkeiten für Obdachlose. Telefonseelsorgerinnen waren in der Corona-Krise noch mehr als sonst gefragt. Krankenhausseelsorger nahmen sich Zeit an den Betten der Kranken. Oftmals waren sie im Krankenhaus die einzige Verbindung nach draußen zur Familie und den Freunden. Auch die Seelsorge etwa in der Polizei, in den Gefängnissen, in der Altenhilfe sah sich mit Erwartungen nach Nähe trotz Distanzregeln konfrontiert, nach persönlichen Gesprächen in der allgemein verordneten Kontaktlosigkeit, nach Begleitung in einer vielleicht erstmals bewusstwerdenden Fragilität des eigenen Lebens.

Den genannten Orten ist gemeinsam, dass dort Seelsorge diakonisch, ökumenisch und in Zusammenarbeit mit anderen professionellen, zum Beispiel caritativen und auch ehrenamtlichen Diensten geschieht. Es ist eine Seelsorge eben nicht in den eigenen kirchlichen Räumen, sondern in weltlichen Einrichtungen, staatlichen Organisationen oder mit anderen sozialen Trägern. Auch hier hat Corona Entwicklungen beschleunigt. Die Seelsorgerinnen und Seelsorger mussten zu den Menschen gehen – dorthin, wo sie leben und arbeiten. So entstanden neue Orte der Seelsorge. Bislang wenig beachtete Orte der Pastoral und Caritas gewannen an Bedeutung. Unter Corona-Bedingungen verlangte dies von den Haupt- und vielen Ehrenamtlichen, je neu die Spannungen zwischen Fürsorge, Gesundheitsschutz und dem Bedürfnis nach Nähe und Zuwendung auszubalancieren – wie wir dies selbst alle in unzähligen Situationen im Umgang mit Familienmitgliedern, Freunden, Bekannten tun mussten: Abstand halten, wo wir jemanden gerne in den Arm nehmen und drücken wollten – die kleinen Gesten der Zuwendung, die wir alle schmerzlich vermissten.

Natürlich müssen wir rückblickend auswerten, was notwendig war und was man auch hätte anders machen können. Als Bischöfe müssen wir uns in der Tat selbstkritisch fragen, ob wir nicht gerade für Alte und Kranke viel früher und deutlicher im Lockdown eine Anwaltschaft hätten wahrnehmen müssen – gerade, weil Gemeinschaft mit Gott und den Menschen untereinander für die Kirchen konstitutiv ist, also gleichsam zum Wesenskern gehört. Weil Gemeinschaft, die Koinonia, ein wesentlicher Vollzug der Kirche ist – weil uns aufgetragen ist, in der von Gott gestifteten Gemeinschaft zusammenzukommen, sollten gerade die Kirchen ein Gespür dafür haben, wenn Gemeinschaft unterbunden wird und Einsamkeit entsteht.

Sicher ist: Die Pandemie hat unsere Gesellschaft verändert. Denn, wie etwa der Datenreport 2021 über die Auswirkungen der Coronapandemie ausweist, treffen die sozialen und wirtschaftlichen Konsequenzen der Pandemie die Menschen sehr ungleich. Seelsorgerinnen und Seelsorger wie die Mitarbeitenden von Caritas und Diakonie können das aufgrund ihrer alltäglichen Erfahrungen bestätigen. Besonders für ältere und kranke, von Armut betroffene Menschen, prekär Beschäftigte, Geflüchtete und Wohnungslose verschärfte sich die persönliche Lage dramatisch. Auf Familien lag ein ungeheurer Druck: Die Schließung von Kitas und Schulen und damit der Ausfall einer verlässlichen kontinuierlichen Betreuung und Beschulung belastet den Alltag von Familien, insbesondere von Alleinerziehenden. Kinder und Jugendliche litten massiv unter den Kontaktbeschränkungen zu Gleichaltrigen und eingeschränkten Bewegungsmöglichkeiten. Die Folgen für ihre psychosoziale Entwicklung sind noch längst nicht absehbar. Eltern standen im Dauerstress zwischen Homeschooling und Beruf. Häusliche Gewalt nahm zu. Diese Stichworte zeigen: Corona hat deutlich gemacht, wo in unserer Gesellschaft Schieflagen bestehen. Hier gilt es alles dafür zu tun, dass unsere Gesellschaft angesichts solcher tektonischen Verschiebungen nicht weiter auseinanderbricht. Deshalb haben wir beispielsweise im Bistum Limburg mit der Caritas unsere Beratungsangebote deutlich aufgestockt.

Als Vertreter einer Weltkirche mit starken internationalen Vernetzungen nehmen wir auch wahr, welch unermessliche Folgen die Pandemie auf globaler Ebene hat. Die Menschen in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern sind weitaus schwerer von der Pandemie und vor allem von ihren ökonomischen Folgen betroffen als wir. Ein konsequenter Lockdown war für manche Staaten zunächst und für lange Zeit die einzige Antwort auf die Pandemie. Gerade dort, wo kaum basale Gesundheitsdienstleistungen zur Verfügung stehen, sahen viele Regierungen hierin die Rettung vor völliger Überlastung. Zahllose Tagelöhner und Wanderarbeiter verloren ihr Einkommen, das sie für das tägliche Überleben brauchten. Ganze Wirtschaftsbereiche – wie die Tourismusbranche – sind zusammengebrochen. Vielerorts hat sich die Situation von Flüchtlingen und Migranten deutlich verschlechtert.

Zugleich hat die Spendenbereitschaft in unserem Land enorm zugenommen. Die Bischofskonferenz hat gemeinsam mit den Hilfswerken und den Orden diesen Impuls aufgegriffen und vor einem Jahr, am 6. September 2020, zu einer Kollekte für die Leidtragenden der Corona-Pandemie weltweit aufgerufen. Sobald es die Situation erlaubte, konnten unsere internationalen Hilfswerke in großem Maß Finanzmittel zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie in den ärmsten Ländern einsetzen. Auch bereits verplante Mittel für Projekte, die aufgrund der Situation nicht weitergeführt werden konnten, wurden gemeinsam mit den Partnern umgewidmet und zur Bewältigung akuter Not eingesetzt.

Uns beschäftigt weiter die Frage, wie eine weltweit gerechte Verteilung der Impfstoffe gegen COVID-19 am besten vorangebracht werden kann. Als Kirchen ist für uns klar: Jedem Menschen muss der Zugang zu einer Corona-Schutzimpfung ermöglicht werden, unabhängig von Herkunft und Status. Sowohl die Mechanismen der Weltgesundheitsorganisation als auch die Chancen internationaler Handelsabkommen werden bisher nur unzureichend genutzt, um dieses Ziel zu erreichen. Darüber hinaus sehen wir immer deutlicher, dass allein die Verfügbarkeit von Impfstoffen nicht genügt; vielmehr bedarf es auch funktionierender Strukturen, durch die die Impfstoffe zu den Menschen gebracht werden können. Die Herausforderung, Gesundheitssysteme überall auf der Welt zu stärken, drängt mit Macht zurück auf die Agenda der internationalen Zusammenarbeit.

Einen Blick nach vorne zurück habe ich schon einmal unter der Überschrift „Corona und die Suche nach der künftig gewesenen Zeit" versucht. Was wird einmal gewesen sein? Mein Vorschlag lautete: Vielleicht können wir Corona, den Lockdown und die langen Tage und Wochen danach wegen der unfreiwilligen, aber doch offensichtlichen Verwandtschaft mit dem Sabbat aus der Perspektive der künftig gewesenen Zeit im Auge behalten. Unsere jüdischen Mitbrüder und Schwestern feiern den Sabbat an jedem siebten Tag der Woche. Er ist ein Zeitdenkmal der Differenz zwischen der verzweckten Arbeitswelt und dem Übernützlichen. Wie Gott auf seine Schöpfung, kann auch der Mensch auf seine Arbeit blicken – auf die schon getane Arbeit und auf die, die er noch vor sich hat. Arbeiten heißt Zwecke verfolgen. Der Sabbat ist die aus dem Kontinuum der Zwecke herausgehobene arbeitsfreie Zeit. Er bietet die Möglichkeit innezuhalten, sich auszuruhen und zu überprüfen: Was war gut, was schlecht?

Was wird einmal gewesen sein? Das selten verwendete Tempus des Futur II bietet uns die Möglichkeit, unsere Handlungsweisen schon jetzt gedanklich zu hinterfragen. Ein tödliches Virus ist schrecklich. Ob Corona aber auch einmal für etwas gut gewesen sein wird, liegt auch an uns.

An die tiefgehende Erfahrung einer großen Unterbrechung werden wir uns mit Sicherheit immer erinnern. In einem ökumenischen Gottesdienst für die Opfer der Corona-Pandemie am 18. April 2021 haben die christlichen Kirchen die Menschen in unserem Land zu einem gemeinsamen Trauern, Klagen, Gedenken – aber auch Hoffen eingeladen. Vielleicht sollten wir der Erinnerung in unserem Land auch in den kommenden Jahren Form und Gestalt geben. Ein interreligiöser Feiertag der Besinnung wäre gut für Deutschland. Judentum, Christentum und Islam stehen in einer gemeinsamen Tradition der wöchentlichen Unterbrechung im Takt der sieben Tage. In einer Zukunft, die durch Segmentierung und Spaltungen bedroht ist, könnte ein solcher Tag des Wir-Gefühls und der Besinnung für Gläubige und Ungläubige ein heilendes Zeichen sein.

Die Pandemie kann uns alle dazu anregen, neu über unsere Verletzlichkeit und unsere Angewiesenheit auf andere, über unser Verhältnis zueinander und das Zusammenleben in der Gesellschaft wie in der globalen Gemeinschaft nachzudenken. Der Weg in die Zukunft bietet die Möglichkeit, unser Miteinander neu und besser zu gestalten. Solidarität ist eine kollektive Zukunftstaufgabe. Wir brauchen politische Maßnahmen für soziale Gerechtigkeit und einen gesellschaftlichen Zusammenhalt, um einer weiteren Spaltung sowohl innerhalb der Gesellschaft als auch grenzüberschreitend-international entgegenzuwirken.

Physical distancing konnte, wenn es nicht mit *social distancing* verwechselt wurde, ein Zeichen der Nächstenliebe sein, weil es darum ging, die Schwachen zu schützen. Nun müssen wir vielleicht wieder lernen, aufeinander zuzugehen. Bei der Überwindung der sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Krise werden stärkere Schultern für die Schwächeren mehr zu tragen haben. Nur dann kann aus der Krise heraus eine solidarische Zukunft entstehen.

DEUTSCHE BISCHOFSKONFERENZ

Bischof Dr. Georg Bätzing
Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz

Reiner Hoffmann

Solidarität ist die Zukunft

Corona-Lehren für den Aufbruch in eine neue Normalität

Derzeit ist nicht absehbar, wie lange wir noch mit der Corona-Pandemie und ihren Folgen leben müssen. Dennoch halten wir es für an der Zeit, heute, knapp zwei Jahre nach den ersten bekannt gewordenen Infektionen mit dem Virus, eine Zwischenbilanz zum gesellschaftlichen Umgang mit Corona zu ziehen und einige Überlegungen abzuleiten, was wir daraus für die Zukunft lernen können.

Aus gewerkschaftlicher Perspektive gibt es gewissermaßen eine gute und eine schlechte Nachricht. Die gute zuerst: Die Krise hat uns an vielen Stellen daran erinnert, wie sehr ein intaktes gesellschaftliches Zusammenleben auf die Kraft solidarischen Handelns angewiesen ist. Solidarität ist die Antwort auf die fundamentalen Herausforderungen, mit denen wir uns durch die Pandemie in Deutschland, Europa und der Welt konfrontiert sehen. Dass eine Eindämmung des Infektionsgeschehens oder die Verhinderung verheerender ökonomischer und sozialer Folgeschäden nicht möglich gewesen wäre, wenn jede und jeder auf sich alleine gestellt gewesen wäre – das haben inzwischen auch viele derjenigen verstanden, die normalerweise Individualismus und neoliberale Eigenverantwortung predigen. In unserer Gesellschaft sind wir aufeinander angewiesen – ganz besonders in Krisenzeiten.

In der Corona-Pandemie haben wir eine Vielzahl von Akten und Gesten der Solidarität erlebt. Zum einen im alltäglichen Miteinander der Menschen, beispielsweise in Form von Nachbarschaftshilfen, wo die Jüngeren für ihre älteren Nachbar*innen den Einkauf erledigten, durch die Organisation von Online-Orten der Begegnung und digitalen Veranstaltungen, damit man sich trotz Abstandsregelungen und Lockdowns nicht isoliert fühlen muss; oder auch durch Gutscheine und Spenden für die Kneipen und Kultureinrichtungen im Kiez. Zum anderen war vor allem die Anfangszeit der Pandemie stark geprägt durch das solidarische Zusammenspiel von Sozialpartnern und Politik. Das Kurzarbeitergeld, das Ergreifen der nötigen Gesundheitsschutzmaßnahmen im Betrieb oder schnelle Regelungen für mobiles Arbeiten sind dafür nur einige wenige Beispiele.

Nun aber zur schlechten Nachricht: Der weitere Verlauf der Krise hat sehr deutlich aufgezeigt, welche bestehenden sozialen Schieflagen und Missstände es in unserer Gesellschaft gab und gibt. Damit nicht genug: Zu den bereits existierenden Problemen, die Corona offenlegte, kam eine ganze Reihe neuer Konfliktlinien. Insgesamt haben diese alten und neuen Spannungen und Konflikte das Potenzial, den solidarischen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft dauerhaft zu schwächen. Schlaglichtartig zeigt sich dies etwa an der wachsenden Zuspitzung der Debatte darüber, ob das Recht, wieder ein Leben ohne infektionsschutzbedingte Einschränkungen führen zu dürfen, Geimpften vorbehalten bleiben darf.

Viele Menschen fühlen sich mit ihren Ängsten und Sorgen allein gelassen. Die Schwierigkeiten, angesichts der zum Teil äußerst unterschiedlichen Vorgaben in Ländern und Kommunen den Überblick zu behalten, haben im Verlauf der Pandemie unablässig zugenommen. Nicht immer ist es der Politik gelungen, die praktischen Maßnahmen und den Sinn dahinter nachvollziehbar zu erklären, und zu häufig ist das gemeinsame Anliegen der Pandemiebekämpfung in einer lauter werdenden Kakophonie aus Profilierungsversuchen, Wahlkämpfen und Parteipolitik untergegangen.

Die prinzipiell nachvollziehbaren und berechtigten Sorgen vieler Menschen sind leider oft von falscher Seite vereinnahmt worden. An den Protesten gegen die Corona-Maßnahmen, die seit dem Sommer 2020 in vielen Städten von „Querdenken und Co." organisiert worden sind, haben neben verunsicherten und besorgten Menschen regelmäßig auch organisierte Rechtsextremist*innen, Verschwörungstheoretiker*innen und Reichsbürger*innen teilgenommen. Sie haben die pandemiebedingten Ängste und Sorgen instrumentalisiert, um damit Verschwörungserzählungen, Antisemitismus und Demokratieverachtung zu schüren.

Welche Schlussfolgerungen lassen sich aus gewerkschaftlicher Sicht aus den Erfahrungen der Corona-Pandemie ziehen? Was nehmen wir als Gesellschaft aus der Wiederentdeckung der Solidarität in der Krisenzeit für die Zukunft mit? Wie können wir auf dem Weg in eine „neue Normalität" die alten und neuen Konfliktlinien in unserer Gesellschaft überwinden, den gesellschaftlichen Zusammenhalt erneuern und die Demokratie stärken?

1 Für Gute Arbeit sorgen – Demokratie und solidarischen Zusammenhalt stärken

Die Corona-Pandemie hat viele neue Konfliktlinien und Ungerechtigkeiten offengelegt. Wir müssen aufpassen, dass sie existierende Gräben in der Arbeitswelt und Gesellschaft nicht noch tiefer und unüberbrückbarer werden lässt.

Die Hans-Böckler-Stiftung ist in einigen kürzlich erschienenen Studien, die die Lebenssituation von Erwerbstätigen untersuchen, der Frage nachgegangen, wie sich die Entwicklung antidemokratischer Einstellungen bei Beschäftigten erklären lässt, wie sie durch die Pandemie verschärft werden könnten und was getan werden sollte, um ihnen entgegenzuwirken.

Wie sich zeigt, sind Menschen besonders empfänglich für antidemokratische Einstellungen und Verschwörungstheorien, wenn sie sich äußeren Umständen passiv und hilflos ausgeliefert fühlen. Auch die Pandemie wird von vielen als ein solcher Kontrollverlust empfunden. Weiteren Nährboden für das Aufblühen von Verschwörungstheorien während der Corona-Krise hat das Gefühl fehlender materieller Sicherheit geliefert: Wer während der Pandemie finanzielle Einbußen hinnehmen musste und große Sorge vor Arbeitslosigkeit hatte, hat sich anfälliger für Verschwörungstheorien gezeigt als Menschen, die diese Belastungen bislang weniger zu spüren bekommen haben.

Andere Befragungsergebnisse der Böckler-Stiftung liefern konkrete Hinweise, welche Faktoren verhindern können, dass Menschen antidemokratische Einstellungen entwickeln. Eine zentrale schützende Wirkung kommt der Integration in den Arbeitsmarkt und die Arbeitswelt zu. Je stärker Menschen dort eingebunden sind, desto immuner erweisen sie sich gegen antidemokratische Einstellungen. Insbesondere Gute Arbeit, also eine sichere Beschäftigung mit gerechter Bezahlung, guten Arbeitsbedingungen, Tarifbindung und starker Mitbestimmung, wirkt als zentraler demokratischer Integrationsfaktor.

Beschäftigte, die das Gefühl haben, Einfluss auf die Qualität ihrer Arbeitsbedingungen nehmen zu können, gehört zu werden und gemeinsam mit Kolleg*innen etwas bewirken zu können, neigen deutlich seltener zu antidemokratischen Einstellungen als Menschen, denen solche Selbstwirksamkeitserfahrungen fehlen. Ganz praktisch hat sich auch während der Pandemie gezeigt, wie wichtig Tarifbindung und Mitbestimmung sind – wer in einem tarifgebundenen Betrieb mit Betriebsrat angestellt war, musste seltener Einkommensverluste hinnehmen, hatte weniger Sorge davor, den Arbeitsplatz zu verlieren und bekam häufiger verbindliche und verlässliche Regelungen für mobiles Arbeiten. Umgekehrt erweist sich, dass diejenigen, die ohnehin unter schlechten, fremdbestimmten Arbeitsbedingungen leiden, von der Corona-Pandemie am schwersten betroffen sind. Corona hat dadurch viele Ungleichheiten zusätzlich verschärft.

Die erste Lehre aus der Corona-Pandemie ist daher, mehr Menschen durch Gute Arbeit in die Arbeitswelt und damit in die Demokratie zu integrieren.

2 Wert der Arbeit anerkennen – Arbeit aufwerten

Die Pandemie hat zahlreichen Menschen in unserer Gesellschaft vor Augen geführt, wie wertvoll viele der Arbeiten und Tätigkeiten sind, die unter normalen Bedingungen kaum Beachtung finden. Das betrifft insbesondere die Bedeutung, die (personenbezogene) Dienstleistungen für unser Zusammenleben haben: Erzieher*innen; Kranken- und Altenpfleger*innen; Beschäftigte im Transport- und Logistiksektor, Kassierer*innen – um nur einige Beispiele zu nennen. Verbunden werden diese durchaus unterschiedlichen Berufsgruppen durch zweierlei: erstens durch den unschätzbar wichtigen Beitrag, den sie für das reibungslose Funktionieren unserer Gesellschaft leisten; zweitens durch die schlechte Bezahlung und die oft miesen Arbeitsbedingungen, die für viele dieser Berufe leider charakteristisch sind.

Weit über die unmittelbaren Pandemieerfahrungen hinaus sollten wir daraus eine wichtige Lehre ziehen. Dauerhaft kann es eine Gesellschaft, die sich durch sozialen Zusammenhalt und gegenseitigen Respekt auszeichnet, nur dann geben, wenn der gesellschaftliche Wert von Arbeit gerade bei sozialen Dienstleistungen und in anderen „systemrelevanten" Bereichen der Grundversorgung endlich gebührend anerkannt wird – und zwar nicht nur symbolisch, sondern ganz konkret. Medial besonders starke Beachtung fanden beispielsweise die Beschäftigten in der Fleischindustrie, deren Arbeitsbedingungen zu Recht große Empörung auslösten. Dass ihre Situation nachhaltig verbessert werden konnte, nachdem die Probleme zuvor jahrelang ignoriert wurden, ist einer der wenigen Lichtblicke in den Monaten der Krise.

All diejenigen, die unsere kranken Angehörigen pflegen, unsere Kinder in der Kita betreuen; die im Supermarkt die Regale einräumen oder uns während des Lockdowns die Pakete nach Hause gebracht haben; all diejenigen müssen endlich anständig bezahlt und entlastet werden. Eine solche Aufwertung von Arbeit wäre zugleich ein wichtiger Schritt hin

zu größerer Geschlechtergerechtigkeit. Denn in vielen dieser Berufe, die trotz ihres wichtigen Beitrags für unser tägliches Zusammenleben so beschämend schlecht bezahlt sind, handelt es sich beim überwiegenden Teil der Beschäftigten um Frauen.

Die zweite Lehre, die wir aus der Pandemie ziehen sollten, lautet also: Arbeit hat einen hohen gesellschaftlichen Wert – das gilt übrigens aufgrund ihrer sinn- und identitätsstiftenden Bedeutung ebenso wie aufgrund ihrer gesellschaftlichen Integrationsfunktion für jede Form von Erwerbsarbeit. Wir brauchen daher eine generelle Aufwertung von Arbeit.

3 Transformationen sozial gestalten

Die Corona-Pandemie trifft uns zu einem Zeitpunkt, zu dem wir uns in einem epochalen Wandel unserer Wirtschafts- und Arbeitswelt befinden. Insbesondere die Digitalisierung und die notwendige Klimawende werden vieles, was wir heutzutage als normal empfinden, völlig auf den Kopf stellen und unsere neue Normalität noch weit stärker und langfristiger prägen als die Folgen der Corona-Krise.

Allerdings können wir aus der Krisenerfahrung einige wichtige „lessons learned" für die erfolgreiche Bewältigung der aktuellen Tranformationsherausforderungen mitnehmen: Erstens hat sich erneut erwiesen, wie wichtig ein handlungsfähiger, aktiver Staat ist, der mit finanzieller Unterstützung und massiven Investitionen dort unter die Arme greift, wo seine Hilfe benötigt wird. Zweitens hat sich unsere Sozialpartnerschaft erneut bewährt. Durch ihr Funktionieren ist es gelungen, Massenarbeitslosigkeit als Folge der Krise zu verhindern. Drittens gelingen Krisenbewältigung und die Gestaltung von Umbrüchen dort besonders gut, wo die Beschäftigten mitbestimmen. Ihre Expertise, ihr Wissen, ihr Einfluss ist entscheidend, auch wenn es darum geht, eine Gesellschaft zu verwirklichen, deren Zusammenhalt auf Nachhaltigkeit, Wohlstand und Guter Arbeit basiert.

Sowohl die Dekarbonisierung als auch die Digitalisierung haben das Potenzial, existierende Ungleichheiten und die gesellschaftliche Polarisierung zu verschärfen. Wir müssen verhindern, dass unsere Gesellschaft in Gewinner und Verlierer der Transformation zerfällt. Dafür muss garantiert sein, dass die Menschen Sicherheit im Wandel haben. Das bedeutet konkret, durch Zukunftsinvestitionen in betroffene Branchen und Regionen, durch Qualifizierungsangebote für Beschäftigte und durch einen starken, solidarischen Sozialstaat einen sozial gerechten Wandel mit sicheren Zukunftsperspektiven zu ermöglichen.

Drittens lässt uns die Pandemie erkennen, worauf es ankommt, um auch die Transformation unserer Wirtschafts- und Arbeitswelt sozial gerecht zu gestalten – und insbesondere diejenigen nicht zurück zu lassen, deren Arbeits- und Lebensverhältnisse am stärksten von den Folgen dieser Umbrüche betroffen sind.

4 Polarisierung zwischen Gewinnern und Verlierern der Pandemie überwinden

Damit wären wir bei einer weiteren und gewissermaßen verbindenden Lehre aus der Pandemie. Denn klar ist, dass wir als Gesellschaft nur dann gestärkt aus der Corona-Pandemie hervorgehen, wenn wir es schaffen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärker in den Blick zu nehmen. Das bedeutet konkret auch, solidarisch mit all jenen zu sein, denen durch die Pandemie eine Rolle rückwärts droht. Wie bereits angedeutet: Corona trifft diejenigen am härtesten, die ohnehin bereits benachteiligt sind.

Besonders gelitten haben unter der Krise prekär Beschäftigte, Geringverdiener*innen und Soloselbständige, beispielsweise in der Gastronomie oder im Kulturbereich. Für viele von ihnen waren die Phasen des Lockdowns gleichbedeutend mit existenzbedrohenden Einkommensverlusten oder dem Verlust des Arbeitsplatzes.

Schonungslos offen gelegt wurde auch die in unserem Bildungssystem angelegte soziale Ungerechtigkeit. Die Folgen von Schulschließungen und „Home-Schooling" konnten nur dort weitgehend aufgefangen werden, wo die Kinder zuhause auf elterliche Unterstützung, eine adäquate digitale Ausstattung, geeignete Räume et cetera zurückgreifen konnten. Kinder, die schon unter normalen Umständen vom Bildungssystem benachteiligt werden, laufen dagegen durch die Pandemie Gefahr, dauerhaft abgehängt zu werden.

Deutliche Rückschläge drohen durch die Pandemie auch für die Gleichstellung von Mann und Frau. Zu beobachten war die Rückkehr traditioneller Rollen-Stereotype. In dem Moment, als die Schulen schlossen und die Kinder zuhause betreut werden mussten, waren es viel zu oft die Frauen, die zurückstecken mussten. Sie haben deutlich mehr Betreuungszeiten übernommen und mussten dafür ihre Erwerbstätigkeit häufiger reduzieren als Männer. Deutlicher lässt sich kaum machen, wie fragil die so hart erkämpften Fortschritte beim Thema Geschlechtergerechtigkeit nach wie vor sind.

Eine vierte Lehre aus Corona ist demnach, dass diejenigen besonders unterstützt und geschützt werden müssen, die ohnehin besonders benachteiligt sind oder unter Ungleichbehandlungen leiden – um zu verhindern, dass die soziale Ungerechtigkeitsschere in unserer Gesellschaft immer weiter auseinanderklafft.

5 Solidarität ist Zukunft

Welche zentralen Erkenntnisse nehmen wir also aus den bisherigen Erfahrungen mit der Pandemie mit für die künftige Gestaltung eines öffentlichen Lebens und den Weg in eine neue Normalität, die durch starken gesellschaftlichen Zusammenhalt und ein gefestigtes Vertrauen in unsere Demokratie geprägt sind?

In diesem Beitrag konnten wir nur knapp anreißen, wie aus unserer gewerkschaftlichen Sicht die Antworten auf diese Frage aussehen müssen. Klar ist: Nur mit umfassender Solidarität lassen sich die anstehenden Herausforderungen bewältigen. Solidarisches Handeln in seinen verschiedensten Formen ist das verbindende Element der vier zentralen Lehren, die wir als Gewerkschaften aus der Pandemie ziehen. Gute Löhne und Arbeitsbedingungen durch die Aufwertung von Arbeit; stärkere Mitbestimmung und Beteiligung der Beschäftigten; ein aktiver Staat, der das notwendige Vertrauen in unsere Demokratie bewahrt, und ein entschlossener Abbau sozialer Ungleichheit – das sind einige der Grundpfeiler für ein tragfähiges Fundament der Solidarität, auf dem wir die neue Normalität nach der Corona-Pandemie aufbauen können.

Entscheidend ist allerdings, auf dem Weg in diese neue Normalität dafür einzustehen, dass unsere Demokratie, eine der wichtigsten Errungenschaften sozialen Fortschritts, keinen Schaden nimmt. Fest steht für uns, dass uns die politische Durchsetzung unserer gewerkschaftlichen Positionen nur im Rahmen einer intakten demokratischen Debatten- und Streitkultur gelingt. Diese Überzeugung teilen wir mit allen Partnern in unserer Allianz für Weltoffenheit.

Unsere „neue Normalität" nach Corona wird nur dann durch Vertrauen in die Demokratie und starken sozialen Zusammenhalt geprägt sein, wenn wir alle dafür Sorge tragen, dass der offene Austausch über die vielfältigen Perspektiven in unserer Gesellschaft möglich bleibt.

Genau deshalb beteiligen wir uns mit diesem Beitrag an dieser von unserer Allianz herausgegebenen Sammelpublikation – und wir möchten alle Leser*innen dazu ermutigen, sich aktiv in die Diskussion darüber einzumischen, in welcher Gesellschaft wir künftig leben, wie wir in Zukunft leben und arbeiten wollen.

Reiner Hoffmann
Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Prof. Dr. Susanne Keuchel

Auswirkungen auf allen Ebenen

Der Kulturbereich wurde und wird nach wie vor in seiner Gesamtheit von der Corona-Pandemie tief erschüttert. Niemand hat sich vermutlich vorstellen können, dass über Monate hinweg keine Kulturveranstaltungen stattfinden dürfen. Selbst in Kriegszeiten gab es in der Vergangenheit zumindest noch ein Mindestmaß an öffentlicher Kulturversorgung. Seit März 2020 mussten über Monate hinweg öffentliche Kultureinrichtungen und private Kulturveranstaltungsunternehmen schließen, Künstlerinnen und Künstler konnten nicht auftreten, Vereinsmitglieder konnten sich nicht treffen. Alle Sektoren des Kulturbetriebs, Künstlerinnen und Künstler, Kultureinrichtungen, Kulturunternehmen, Kulturvereine, waren und sind von den Auswirkungen der Pandemie unmittelbar betroffen.

Wirtschaftliche Not

Als erstes trat die wirtschaftliche Not zu Tage. Viele Künstlerinnen und Künstler sowie andere Solo-Selbständige, die im Kulturbereich tätig sind, erzielen durch ihre Tätigkeit nur ein geringes Einkommen. Sie haben kaum Chancen, Rücklagen zu bilden, um damit den Wegfall von Aufträgen zu kompensieren. Viele leben sprichwörtlich von der Hand in den Mund. Das gilt für die Solo-Selbständigen, aber auch für viele Unternehmen. Der letzte Monitoringbericht Kultur- und Kreativwirtschaft zeigte, dass die Mehrzahl der Unternehmen in der Kultur- und Kreativwirtschaft sogenannte Mini-Selbständige sind, deren Umsatz unter 17.500 Euro im Jahr liegt und die daher nicht umsatzsteuerpflichtig sind. Jeder kann sich vorstellen, was der Lockdown für diese Unternehmen sowie Unternehmerinnen und Unternehmer bedeutet.

Die ersten, schnell aufgelegten Hilfsmaßnahmen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie gingen an der Kultur- und Kreativwirtschaft oftmals vorbei. Sie zielten darauf ab, dass Fixkosten wie Miete, Bürokosten usw. erstattet werden. Entnahmen für den Lebensunterhalt waren nicht möglich. In der Kultur- und Kreativwirtschaft sind die Fixkosten aber sehr oft gering, viele arbeiten in einem Haushaltunternehmenskomplex, das heißt der private Haushalt ist oft auch der Arbeitsort. Vielen blieb daher nur der Weg in die Grundsicherung. Hier wurde der Zugang zwar verbessert, so mussten die Antragstellerinnen und Antragsteller nicht dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen und konnten ihre Wohnung behalten – auch wenn diese entlang der Vorgaben eigentlich zu groß war. Dennoch haben viele davor zurückgeschreckt, Grundsicherung zu beantragen oder konnten sie nicht beantragen, da sie in einer Bedarfsgemeinschaft lebten.

Erst die Stipendien der Länder und ab Sommer 2020 das Programm NEUSTART KULTUR der Beauftragten für Kultur und Medien haben hier entgegengewirkt. Das Besondere an NEUSTART KULTUR ist, dass die Programme von den Verbänden, Fonds und Stiftungen aus dem Kulturbereich entwickelt und von ihnen verwaltet werden. Damit wird sichergestellt, dass die Programme nicht an den Branchen vorbeigehen, sondern zielgerichtet sind.

Ein wesentliches Hilfsinstrument für die Unternehmen und Kultureinrichtungen war die Kurzarbeit, die dazu beitrug, dass Fachkräfte in den Unternehmen gehalten werden.

Digitalität

Die Einbindung digitaler Techniken hat im Kulturbereich in der Corona-Pandemie einen deutlichen Schub erfahren. Es wurden zusätzliche öffentliche Mittel bereitgestellt, damit Unternehmen, Vereine, Kultureinrichtungen, aber auch Künstlerinnen und Künstler investieren können, ihre technische Ausstattung verbessern und sich beziehungsweise ihre Arbeit online präsentieren können. In der Anfangsphase des ersten Lockdowns im Frühjahr 2020 bestand sogar die Hoffnung, dass eine Präsenz im Internet fehlende Auftrittsmöglichkeiten ausgleichen könnte. Diese Hoffnung wurde allerdings weitgehend enttäuscht. Sicher kaum eine öffentliche Veranstaltung kommt noch ohne einen Livestream aus, ob die gewünschte Reichweite damit allerdings tatsächlich erreicht werden kann, dahinter sind viele Fragezeichen zu setzen. Das Angebot im Internet hat sich vervielfacht. Es wird eher schwieriger als einfacher, Aufmerksamkeit zu gewinnen. Hinzukommt, dass eine Monetarisierung der Online-Angebote kaum möglich ist. Im Gegenteil, die Kostenfreimentalität im Netz, gegen die sich der Kultur- und Mediensektor seit vielen Jahren zur Wehr setzt, hat an Relevanz gewonnen.

Aktuell erweist sich die stärkere digitale Präsenz als ein zweischneidiges Schwert. Auf der einen Seite wurden Innovationen ermöglicht, auf der anderen Seite hapert es an wirtschaftlichen Verwertungsmöglichkeiten.

Investitionen

Positiv zu vermerken ist, dass dank NEUSTART KULTUR seit langem überfällige Investitionen in Kulturunternehmen und Kultureinrichtungen, die zu weniger als 50 Prozent öffentlich gefördert werden, möglich wurden. Museen, soziokulturelle Zentren, Theater, Puppenbühnen, Musikclubs und andere mehr konnten Mittel für pandemiebedingte Investitionen beantragen. Ermöglicht wurde der Einbau von Lüftungsanlagen, die Anschaffung elektronischer Ticketingsysteme, der Umbau von Toiletten, Garderoben und anderem mehr, um, sobald Öffnungen wieder möglich waren, unter Pandemiebedingungen öffnen zu können.

Dank dieser Investitionen konnten die Schließungszeiten sinnvoll genutzt werden. Engpässe bestanden allenfalls bei der Auftragsvergabe, da es nicht einfach war und ist, Handwerker zu finden beziehungsweise auch bei Baumaterialien Lieferengpässe bestehen. Dennoch kann vorsichtig gesagt werden, dass die Pandemie hier auch ein wenig Gutes hatte.

Begegnung fehlt

Neben den wirtschaftlichen Auswirkungen fehlt aber vor allem die Begegnung. Kunst- und Kulturorte sind Orte der Begegnung, der gesellschaftlichen Teilhabe, des Austauschs und nicht zuletzt auch Orte der kulturellen Bildung. Gerade in der Corona-Pandemie wäre dieser gesellschaftliche Austausch so dringend erforderlich gewesen. Kulturorte sind Orte, an denen sich Menschen unterschiedlicher Generationen und sozialer Herkunft treffen. Insbesondere die Kulturvereine, die vielen Chöre und Orchester, die Amateurtheater, die Lesezirkel und Autoren und andere mehr, sind mehr als Orte der Befassung mit beziehungsweise Ausübung von Kunst und Kultur. Hier treffen Menschen aufeinander, tauschen sich aus, nehmen Anteil aneinander. Der Verlust dieser menschlichen Perspektive trifft viele Vereine und Institutionen bis ins Mark.

Dies umso mehr als dass viele sowohl den ersten als auch den zweiten und dritten Lockdown zu verkraften hatten. Bei nicht wenigen ist der Faden abgerissen, manche haben sich neue Hobbies gesucht, andere zögern, unter Menschen zu gehen und wiederum andere haben sich so sehr an die Abstinenz gewöhnt, dass sie erst langsam wieder gewonnen werden müssen.

Das ist auch an den teils zögerlichen Besuchen von Kulturveranstaltungen festzustellen. Sicherlich, es gibt die ausverkauften Konzerte und Theateraufführungen, die Museen, bei denen es schwer ist, ein Zeitfenster für den Besuch zu buchen, doch insgesamt berichten viele Kulturinstitutionen davon, dass sie selbst unter Pandemiebedingungen nicht die Auslastung erreichen, die möglich wäre. Das Publikum zurückzugewinnen, ist eine der zentralen Aufgaben im Kulturbereich. Und das gilt für alle, von den bundesweit bekannten Institu-

tionen in den Metropolen bis hin zu den Vereinsaktivitäten im ländlichen Raum. Den Institutionen muss hier die Zeit für eine Übergangsphase gegeben werden, denn es wird dauern, bis der status quo ante erreicht sein wird. Als Deutscher Kulturrat werden wir uns für Hilfsmaßnahmen gerade in dieser Übergangsphase stark machen.

Psychische Folgen nicht unterschätzen

Die Corona-Pandemie hat die Verletzlichkeit von uns Menschen, aber auch unseres Gemeinwesens vor Augen geführt. Über lange Jahre hinweg haben wir hier in Westeuropa allenfalls vor dem Fernseher Pandemien verfolgen können, wie etwa die SARS-Epidemien in Südostasien oder die Ebola-Pandemie in Westafrika. Von uns war das alles weit entfernt. Anfang des Jahres 2020 kam eine Pandemie uns allerdings erstmals gefährlich nahe und es zeigte sich, dass unser Gemeinwesen, unser Gesundheitssystem und vor allem unser Bevölkerungsschutz hierauf nicht eingerichtet waren. Fehlende Desinfektionsmittel, fehlende Masken, Kittel usw. waren das sichtbare Resultat.

Wesentlich erscheinen mir aber auch die psychischen Folgen. In unserer Gesellschaft, in der so vieles von körperlicher Unversehrtheit abhängt, waren auf einmal alle von einem Virus betroffen, gegen den es über lange Zeit kaum Schutzmöglichkeiten gab. Diese Erfahrung war neu und muss erst bewältigt und bearbeitet werden.

Künstlerinnen und Künstler waren und sind in besonderer Weise betroffen. Viele, insbesondere in der Musik und im Tanz, arbeiten von Kindesbeinen an auf eine Karriere im Kulturbetrieb hin. Manche beginnen im Alter von drei oder vier Jahren ein Instrument zu lernen oder zu tanzen. Die Begabten werden kontinuierlich gefördert und unterziehen sich einem harten Wettbewerb. Im Musikbereich steht hierfür „Jugend musiziert". Ein Wettbewerb, der einerseits in die Breite zielt, da jedes Jahr tausende Kinder und Jugendlichen an den regionalen Ausscheidungen teilnehmen. Zugleich dient dieser Wettbewerb auch zur Elitenförderung. Gewinnerinnen und Gewinner werden kontinuierlich gefördert. Aus den Vielen, die auf der regionalen Ebene beginnen, werden im Laufe der Jahre die Wenigen, die Musik studieren und ganz auf eine Karriere im Musikbetrieb hinleben. Neben der Freude an der Musik wird viel Verzicht geleistet. Dies führt zu einer starken Fokussierung auf die Laufbahn, ohne die wahrscheinlich ähnlich dem Leistungssport die Spitzenleistungen gar nicht erbracht werden können. Im Tanz kommt noch erschwerend hinzu, dass, obwohl der zeitgenössische Tanz zunehmend Arbeitsmöglichkeiten für „ältere" Tänzerinnen und Tänzer bietet, dennoch die Laufbahn – wiederum ähnlich dem Leistungssport – relativ kurz ist. Wenn in anderen Berufen der erste Aufstieg stattfindet, ist im Tanz oftmals die Karriere am Ende. Wird diese Laufbahn um anderthalb Jahre verkürzt, bedeutet dies, dass die Konkurrentinnen und Konkurrenten bereits bereitstehen und die eigene Laufbahn noch kürzer wird als sie ohnehin schon ist. Gerade für Künstlerinnen und Künstler, die, wie ausgeführt, von Kindesbeinen an auf eine Bühnenkarriere hinarbeiten, war und ist der Lockdown psychisch schwer zu verkraften. Diese psychischen Belastungen kommen zu der oftmals wirtschaftlich prekären Situation hinzu.

Wie geht es weiter?

Es gibt viel zu tun auf allen Ebenen des Kulturbereiches. So wie der Kulturbereich in seiner Gesamtheit von der Corona-Pandemie betroffen ist, so muss langsam der Wiederaufbau gelingen. Manches gilt es durch zielgerichtete Maßnahmen wiederzubeleben, manches wird sich allerdings auch radikal ändern müssen. Nach fast zwei Jahren Corona-Pandemie steht der Kulturbereich anders da als vorher. Zielgerichtete Unterstützungsmaßnahmen, um den Wandel, die Veränderung zu gestalten, sind daher dringend erforderlich. Hier sind Bund, Länder und Kommunen gefordert. Vor allem geht es darum, dass jetzt nicht im Kultursektor eingespart wird, wenn es um die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte geht.

Ohne Kultur, davon bin ich fest überzeugt, fehlt es langfristig an gesellschaftlichem Zusammenhalt und an innovativen Entwicklungen für eine nachhaltige gesellschaftliche Zukunftsgestaltung.

Deutscher Kulturrat

Prof. Dr. Susanne Keuchel
Ehrenamtliche Präsidentin des Deutschen Kulturrates.
In ihrem Hauptamt ist sie Direktorin der Akademie der kulturellen Bildung des Bundes und des Landes Nordrhein-Westfalen.

Prof. Dr. Kai Niebert

Warum Politik wieder einen Willen zur Gestaltung braucht

Krisen auf wissenschaftlicher Basis lösen

Die Corona-Pandemie hat aus 80 Millionen Fußballtrainern 80 Millionen Virologen gemacht. Wir waren live dabei, als erste Theorien über ein neuartiges Virus aufgestellt wurden. Wie verbreitet es sich? Wie ansteckend ist es? Wie tödlich ist es? Wir können in Echtzeit und in Zeitraffer erleben, wie Wissenschaft funktioniert. Thesen werden aufgestellt und wieder verworfen, kollegiale Diskussionen unter Wissenschaftlern zu politischen Grundsatzfragen stilisiert. Wie sollte es auch anders sein? Belastbare Thesen führen unmittelbar zu politischem Handeln, das direkten Einfluss auf unser aller tägliches Leben hatte und die Welt in einen zuvor nicht vorstellbaren Stillstand führte.

Wir waren und sind Zeugen einer historischen Situation. Die Politik ist abhängig, abhängig von den Einschätzungen der Wissenschaft und reagiert unmittelbar auf eine nie dagewesene Krise. Einsichten vom Beginn der Pandemie wurden zum Teil später verworfen, neue Erkenntnisse gewonnen und Maßnahmen entsprechend angepasst. Was manchmal als Sprunghaftigkeit oder Lavieren wahrgenommen wurde, drückt im Kern das Wesen von Wissenschaft aus: Falsche Annahmen werden widerlegt, Theorien weiterentwickelt und Wissen stetig präzisiert. Es war auch die Wissenschaft, die eine langfristige Antwort, ja eine Lösung für die Krise entwickelte. Bei aller Kritik an der ungerechten Verteilung: Es sind die Impfstoffe, die den globalen Norden jetzt und den globalen Süden möglichst schnell aus dem pandemischen Grauen führen werden.

Nicht alle globalen Krisen lassen sich aber mit einem einzigen Gegenmittel besiegen. Und dennoch muss die Politik auf die Wissenschaft hören und unmittelbar reagieren. Das gilt insbesondere und mit höchster Dringlichkeit für die Bekämpfung der Klima- und der Biodiversitätskrise. Seit 50 Jahren ist klar, dass unser Wirtschafts- und Lebensmodell die Welt in den Abgrund führt. 1971 veröffentlichte der Club of Rome seinen bereits damals viel beachteten Bericht „Die Grenzen des Wachstums", der auf Klima- wie Ressourcenkrise, Biodiversitätsverlust und Artensterben aufmerksam machte und die gravierenden Folgen des Nichtstuns beschrieb.

Die Zeit zu handeln ist jetzt

Aber die Konsequenzen waren abstrakt, die Bedrohung nicht unmittelbar spürbar. Und so ist viel zu viel Zeit verstrichen. In der Folge haben wir vier der neun planetaren Belastungsgrenzen bereits überschritten, zwei davon – die Integrität der Biosphäre und die Stoffkreisläufe – irreversibel. Und wir stehen heute global bereits bei einer Erderhitzung von 1,3 Grad Celsius.

Hätte man bereits in den 1970ern angefangen, die CO2-Emissionen zu bremsen hätten langsame Reduktionen von wenigen Prozent pro Jahr ausgereicht, um die globale Erwärmung unter 1,5 Grad Celsius zu halten. Aus heutiger Sicht wäre das ein Spaziergang gewesen. Doch es ist noch nicht zu spät: Wenn wir jetzt entschlossen handeln, können wir das Schlimmste noch verhindern und unseren Nachkommen einen zwar deutlich veränderten, aber immer noch lebenswerten Planeten hinterlassen. Dafür können wir aber keine ein, zwei, drei oder fünf Jahre mehr warten. Die Zeit für ambitioniertes Handeln – sie ist jetzt.

Politik gestalten statt Krisen individualisieren

Geht es um Klima- oder Ressourcenschutz, erzählen uns Vertreter der Industrie und ihrer politischen Vertretungen seit Jahrzehnten, das Kaufverhalten der Konsumenten müsse sich ändern, dann könne die Wirtschaft liefern. Man bediene nur die Nachfrage. Politische Rahmensetzung und unternehmerische Verpflichtung werden verzwergt, die Verantwortung für die Bekämpfung der Krise auf das Individuum abgewälzt.

Die Empirie der Corona-Pandemie widerlegt dieses Märchen in aller Deutlichkeit. Die globalen Emissionen sind zwischen Februar und Dezember 2020 durch Shutdowns, Betriebsschließungen, drastische Mobilitätsbeschränkungen und einen massiven Konsumeinbruch um lediglich etwa vier Prozent gesunken, in Deutschland lediglich um etwa drei Prozent. Nicht nur begann bereits im Dezember 2020 die Emissionsrallye

von vorne – Deutschland wird 2021 so viel zusätzliches CO2 in die Atmosphäre pumpen wie seit 1990 nicht mehr. Es zeigt vor allem: Die drastischen Verhaltensänderungen in Mobilität und Konsum, zu denen wir in den ersten Wellen der Pandemie gezwungen waren, hatten faktisch kaum Auswirkungen auf die Emissionsentwicklung. Und da, wo ein Effekt nachweisbar war, wird er durch die wirtschaftliche Erholung überkompensiert.

Diese erzwungene Versuchsanordnung mit ihrem desaströsen Ergebnis lässt zwei Schlüsse zu:

1. Die Konsumenten (allein) können die Welt nicht grün kaufen. Kein entschleunigter, achtsamer, nachhaltiger Konsum ist in der Lage, es mit den globalen Herausforderungen der Klimakrise aufzunehmen.
2. Eine Krise macht keine Transformation. Die Ressourceneinsparungen während der Krise wahren vorläufig. Im Jahr 2021 stiegen die Emissionen wieder in ungeahnte Höhen.

Die Dinge grundlegend anders machen

Um der Klimakrise angemessen zu begegnen, sozialen Frieden zu wahren und unsere Industriegesellschaft klimaneutral umzubauen, können wir die Verantwortung nicht auf den Einzelnen abwälzen. Wir müssen unser gesamtes Wirtschaftssystem transformieren und unseren Ressourcenverbrauch absolut reduzieren. Dabei können wir es uns nicht mehr erlauben, geeignete Instrumente aufgrund politischer Befindlichkeiten und Ideologien außen vor zu lassen.

Wir brauchen den intelligenten Mix der Instrumente, die ganze Klaviatur politischer Gestaltungsmacht, einen handelnden, starken Staat.

Der Weg in die Klimaneutralität wird mit vielen Zumutungen aufwarten: Die Ausbreitung der Erneuerbaren Energien wird zu einer Industrialisierung von Landschaft führen, die Verkehrswende wird mehr als nur eine Antriebswende sein, und auch die Agrarwende wird ohne eine Veränderung unserer (zu) fleischlastigen Ernährungsstile, eine Kulinarik des 21. Jahrhunderts, nicht funktionieren. Die Wege werden vielfältig sein. Dazu gehört ein angemessener CO2-Preis, der die immensen gesellschaftlichen Kosten fossiler Technologien endlich einpreist, statt sie wie bisher auf die Allgemeinheit abzuwälzen. Dazu gehören Anreize, die nicht per Gießkanne ausgeschüttet werden und somit eine Umverteilung von Unten nach Oben bedeuten, sondern gezielt dort eingesetzt werden, wo sie Veränderungen bewirken. Dazu gehört das Ordnungsrecht. Und es gehört eine Anpassung bei Steuern und Abgaben dazu, die nachweislich klimaschädlichem Verhalten einen gerechten Preis gibt, während klimaschonendes Verhalten honoriert wird.

Dabei ist schon heute klar: Die nun gesetzlich festgeschriebene Klimaneutralität 2045 verändert – ähnlich wie die Corona-Pandemie – vieles. Es zeigt sich, dass wir mit den alten Instrumenten nicht mehr weiterkommen. Für Klimaneutralität 2045 können wir die Dinge nicht mehr einfach ein bisschen besser und effizienter gestalten und weitermachen wie bisher. Klimaneutralität 2045 heißt, die Dinge grundlegend anders zu machen. Im Mittelpunkt der Politik darf nicht mehr der Profit einzelner, sondern muss das Wohlergehen aller Menschen stehen. Dieser Beitrag wird zu einem Zeitpunkt geschrieben, an dem die Bundestagswahl entschieden, aber eine neue Koalition noch nicht festgeschrieben ist. Der Autor wagt angesichts der Herausforderungen die These, dass die sich ankündigende ökologisch-sozial-liberale Koalition eine hervorragende Antwort auf die Krise sein kann, wenn sie ihre Chancen entwickelt. Denn sie kann mit ihren ideologischen Ansätzen nicht nur die Vielfalt der Instrumente für einen wirksamen Klimaschutz, sondern auch die Vielfalt der Gesellschaft auf dem Weg in die Klimaneutralität abbilden.

Die Klimakrise kommt – und sie wird teuer

Die wahnsinnige Herausforderung der Klimaneutralität 2045 ist. Der Weg muss kurz und wird steinig sein.

Seit 1980 haben sich die Kosten für die Erreichung des 1,5-Grad-Zieles nahezu verdoppelt. Mit jedem Jahr des Zögerns steigt die Summe um mehrere Billionen Dollar. Und das sind nur die Kosten für die Verringerung der Emissionen. Kosten von Klimaschäden, wie Überflutungen, Dürren oder Hitzewellen sind noch nicht eingerechnet.

Doch so mühsam dieser Weg auch ist, er lohnt sich: Denn die anfänglichen Hürden und Schwierigkeiten sind unvergleichlich geringer als die Kosten des Nichthandelns. Diese Tatsache wird in der politischen und medialen Debatte gerne ausgeblendet. Insbesondere im Wahlkampf für die Bundestagswahl drehten sich Fragen und Diskussion größtenteils um die Kosten des Klimaschutzes. Und das in dem Jahr, in dem von heute auf morgen 30 Milliarden Euro für klimakrisenbedingte Hochwasserschäden gezahlt wurden. Investitionen in Klimaschutz sind nicht nur günstiger, sondern heben außerdem enorme Potentiale für neue Wirtschaftsmodelle und Arbeitsplätze, lebenswertere Städte, mehr Lebenszufriedenheit und bessere Gesundheit. Investitionen in Umwelt- und Klimaschutz ebenso wie in Bildung und zukunftsfähige Infrastruktur sollten nicht mehr als Schulden gelten, sondern als das erkannt werden, was sie sind: Investitionen in unsere Zukunft.

Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit gehören zusammen

Während bis heute die Energiewende auf der anderen Seite der Steckdose stattgefunden und unsere Lebensweise nicht maßgeblich beeinflusst hat, wird sich nun einiges ändern: Wir werden in den 2030er Jahren anders essen, anders mobil sein und anders arbeiten. Mit positiven Folgen für Umwelt, Gesundheit und Lebensqualität: Die Tierbestände werden so stark reduziert sein, dass unsere Böden und das Trinkwasser

nicht mehr wie heute permanent übernutzt sind. Die Autos, die noch fahren, werden elektrisch angetrieben sein. Vor allem aber werden viel mehr Menschen sicher und gern zu Fuß, per Fahrrad oder mit den öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs sein. Das Arbeitsleben wird sich von seinem derzeitigen Fokus auf Erwerbsarbeit weiterentwickelt haben. Stattdessen wird die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben im Mittelpunkt stehen und eine bessere Integration unterschiedlicher Bedürfnisse je nach Lebensphase und -entwurf möglich geworden sein.

Das Leben in einer klimaneutralen Gesellschaft wird ein besseres sein, zumal es ein besseres Klima auch nur mit mehr sozialer Gerechtigkeit geben kann. Die bevorstehende Transformation muss ökologisch sein, damit auch viele Generationen nach uns noch ein gutes Leben auf unserem Planeten führen können. Und sie muss sozial sein, weil der nie dagewesene Umbau unseres Lebens, Arbeitens, Wirtschaftens nur im Rahmen gesellschaftlichen Zusammenhalts funktionieren kann. Eine sozial-ökologische Politik ergibt sich aber nicht von selbst, sondern muss aktiv gestaltet werden. Die Teilhabe aller am gesellschaftlichen Wandel muss von der Politik gezielt ermöglicht werden. Verteilungs- und Gerechtigkeitsfragen dürfen nicht mehr ignoriert, sondern müssen konkret angegangen und gestaltet werden.

In diesem Sinne ist eine soziale Flankierung des ansteigenden CO2-Preises über eine Pro-Kopf-Rückerstattung elementar. Eine solche Klimaprämie entlastet nachweislich Menschen mit niedrigem Einkommen und geringen Energieverbräuchen, wohingegen Menschen im hohen Einkommenssegment mit entsprechend großem ökologischen Fußabdruck belastet werden. Auch die möglichen sozialen Folgen energetischer Sanierung dürfen nicht mehr einfach hingenommen werden. Stattdessen müssen Preissteigerungen weitgehend von den Eigentümern übernommen werden, weil sie die Entscheidung über Heizungstausch und Sanierung alleine treffen. Nur mit ausgleichenden Maßnahmen dieser Art kann die Akzeptanz des gesellschaftlichen Umbaus garantiert und der soziale Frieden gewahrt werden.

Die Transformation gelingt nur miteinander

Um die gewaltigen Chancen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbaus ergreifen zu können, müssen wir die Menschen mitnehmen und überzeugen. Dazu bedarf es erstens einer mutigen Politik, die schwierige Entscheidungen nicht scheut, sondern gestaltet statt verwaltet. Dazu bedarf es zweitens einer besseren Kommunikation dieser Politik, die erklärt, warum Umbrüche nötig sind und welche Chancen sie beinhaltet. Die Zeit des Märchens, alles könne so bleiben, wie es ist, ist vorbei. Den Menschen muss reiner Wein eingeschenkt werden. Und drittens bedarf es einer besseren Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Dies kann ermöglicht werden über Diskussionsformate und Möglichkeiten der Mitentscheidung vor Ort, aber auch über Formate der direkten Beteiligung am Umbau, über Bürgerenergie-Projekte oder die Teilnahme an Bürgerräten.

Wir haben keine Zeit zu verlieren. Und deshalb müssen wir die große Transformation manchmal auch einfach anpacken und machen. Und genau hierfür sollte uns gesellschaftlich ein Ausspruch vom Beginn der Pandemie leiten. Damals sagte Gesundheitsminister Jens Spahn: "Wir werden einander viel verzeihen müssen." Gleiches gilt für den Weg in die Klimaneutralität. Es wird so manche Sackgasse dabei sein. Instrumente werden verworfen, politische Maßnahmen nachgebessert werden müssen. Manche Technologien werden sich nach anfänglicher Forschung und neuen Investitionen als untauglich erweisen. Es wird beim notwendigen Umbau auch Verlierer geben. Diese Weiterentwicklung und Innovation brauchen wir aber, um die größte Herausforderung unserer Zeit meistern zu können. Damit gewinnt die Gesellschaft als Ganzes, wird nachhaltig und resilient – kurz: gewappnet für die Zukunft. Ein Weiter-So kommt nicht in Frage.

Und deshalb gilt es, eine Kultur des Miteinanders zu entwickeln, in der wir uns nicht gegenseitig in den Rücken fallen, sondern wohlwollend mit großer Geschwindigkeit zukunftsfähige Politik gestalten. Wir dürfen uns nicht mehr im Klein-Klein verlieren und nur unsere jeweiligen Partikularinteressen vertreten, sondern müssen eine gemeinsame Vision entwickeln und entschieden vorantreiben. Das geht nur, wenn alle dabei sind: Unternehmerverbände, Gewerkschaften, Kirchen, Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Politik und vor allem die Menschen in diesem Land. Der Rückhalt in der Bevölkerung ist da. Packen wir es an.

DNR DEUTSCHER NATURSCHUTZRING

Prof. Dr. Kai Niebert
Präsident Deutscher Naturschutzring

Veronika Rücker

Bewegung in Zeiten des verordneten Stillstands

„Wir taten: Nichts. Absolut gar nichts. Waren faul wie die Waschbären." So drastisch klang die fiktive Zusammenfassung der Corona-Zeit eines Jugendlichen im humoristisch intendierten Werbespot der Bundesregierung während der zweiten Corona-Welle. Der Spot und seine Botschaft wiederholten damit die zentrale Aufforderung an die Bevölkerung: Bleiben Sie zuhause. #StayHome. #WirBleibenZuhause. Viel wurde gesprochen und geschrieben über das „Herunterfahren" und dann auch wieder das „Hochfahren" des öffentlichen Lebens. Der Stillstand wurde zum prägenden und unangenehm zähen Zustand der Pandemiezeit. Aber nicht nur das öffentliche Leben stand still – Kultur, Freizeit, Kirchen, Gemeinschaft –, sondern auch die Menschen waren bewegungslos und das wortwörtlich. Bewegung und Sport waren in den letzten anderthalb Jahren kaum oder gar nicht möglich, und insbesondere das gemeinsame Sporttreiben im Verein – in Deutschland mit knapp 27 Millionen Mitgliedern – wurde von einem Tag auf den anderen von der Gesundheitsprävention zur potentiellen Gesundheitsbedrohung.

Kontaktvermeidung war das Gebot der Stunde und damit auch die Einschränkung von gemeinsamer Bewegung und Sportausübung in der Gruppe. Der Trainings- und Wettkampfbetrieb wurde im Breitensport im März 2020 vollständig eingestellt – nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik war so etwas eingetreten, eine absolut neue Situation für die Sportler*innen, aber natürlich auch für unsere 90.000 Vereine. Der Motivation der knapp acht Millionen ehrenamtlich im Sport Engagierten taten die Einschränkungen zunächst keinen Abbruch, ganz im Gegenteil: In den Wochen des ersten Lockdowns war eine unglaublich kreative Kraft und ein Tatendrang der Vereine zu spüren, mit innovativen Formaten und unter Nutzung der technischen Möglichkeiten ihren Mitgliedern weiterhin ein attraktives Angebot zu bieten: gemeinsame Live-Trainingseinheiten in den eigenen vier Wänden via Videokonferenz, On-Demand-Videos mit Übungsanleitungen, Wettkämpfe um die beste Zeit bei heutzutage ohnehin zunehmend digital aufgezeichneten Lauf- oder Radfahreinheiten und viele weitere Ideen und Angebote. Die Geschwindigkeit und die Kreativität, mit der die ehrenamtlich Engagierten auf diese vollkommen neue und für Sportvereine existenzielle Situation reagiert haben, haben uns, aber haben vor allem die Sportler*innen begeistert. Die zentrale Erkenntnis aus dem ersten Lockdown: Sportvereine sind nicht – wie man vielleicht vermutet hätte – statisch oder strukturkonservativ, sondern sie sind agile und adaptive Organisationen, wenn es die Situation erfordert. Das lässt uns als Dachverband, aber auch die Vereine selbst positiv in die Zukunft blicken, denn die auf uns als Gesellschaft zurollenden Veränderungen und Herausforderungen werden tendenziell mehr als weniger und eher größer als kleiner.

Dass der Sport in seiner Breite ein Spiegelbild der Gesellschaft ist, konnte man allerdings im vergangenen Herbst spüren. Der Optimismus und die Kreativität wichen zunehmend einer Müdigkeit und einem Unverständnis gegenüber den erneuten Einschränkungen – die Stimmung begann zu kippen. Bei den Sportvereinen machte sich just in dieser Zeit auch der Mitgliederverlust deutlicher bemerkbar – weniger aufgrund von Austritten unzufriedener Mitglieder, sondern vor allem wegen der ausbleibenden Neueintritte von Kindern und Jugendlichen. Die Ehrenamtlichen leisteten in dieser Zeit erneut großartige Arbeit: Hygienekonzepte wurden im Wissen und mit der Erfahrung verfasst, dass diese schon kurze Zeit später hinfällig sein würden. Der im Sommer kurzzeitig aufgenommene Trainings- und Wettkampfbetrieb musste abermals eingeschränkt und dann auch wieder eingestellt werden. Man muss sich hierzu vergegenwärtigen, dass beispielsweise

im Amateurfußball im Herbst 2021 die erste reguläre Saison seit dem Frühjahr 2019 begonnen hat; dass Trainer- und Übungsleiterausbildungen, die oft über Monate in der Freizeit stattfinden, erneut abgebrochen werden mussten; dass der Schwimmunterricht in dieser Zeit pausieren musste und der Rückstau an Nicht-Schwimmfähigen bis heute kaum mehr aufgeholt werden kann. Der Sport als soziales System kam – wie auch andere nicht ökonomisch, aber gesellschaftlich systemrelevante Bereiche – im Winter 2020/2021 unter die Räder. Die zentrale Erkenntnis aus der Erfahrung des zweiten und dritten Lockdowns ist für uns, dass wir die Bedeutung von ehrenamtlich getragenen Strukturen wie dem Sport für unsere Gesellschaft noch stärker verdeutlichen müssen. Die Sportvereinskultur in Deutschland ist eben nicht nur „nice to have". Sie ist systemrelevant für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft, für die Vermittlung von Werten wie Respekt, Fairplay und Toleranz, für Integration und Inklusion. Die deutsche Sportvereinskultur ist kürzlich in die Liste des Immateriellen Unesco-Weltkulturerbes aufgenommen worden. Dass trotz alldem der Sport seit dem letzten Winter nur rudimentär Berücksichtigung bei Lockerungsdebatten und -maßnahmen erhalten hat, ernüchtert Sportler*innen zurecht. Sport ist systemrelevant – dieses Bewusstsein wollen und müssen wir auf allen Ebenen schaffen.

Neben der rein chronologischen Retrospektive lassen sich mit Blick auf den Sport weitere Erfahrungen und Lehren der Pandemiezeit ziehen. Statt dem Stillstand wollen wir uns wieder der Bewegung widmen. Anhand von drei Leitthemen mit je einer zentralen These sollen Herausforderungen, Aufgaben und Perspektiven, die sich aus der pandemischen Zeit ergeben, diskutiert werden.

1 In Bewegung kommen – in starker Gemeinschaft

These: Der organisierte Sport ist Kohäsionsfaktor der Gemeinschaft, denn er schafft einen sozialen Rahmen, den gerade die Schwächsten brauchen.

Haben die Lockdowns wirklich zu einer komplett bewegungsfreien Zeit geführt? Schließlich waren Sport und Bewegung als solche nie verboten, sondern nur die Ausübung in der Gruppe oder in geschlossenen Räumen. Der Individualsport im Außenbereich war also weiterhin möglich, und tatsächlich ist die Zahle der Läufer*innen gestiegen. Viele drehten ihre Joggingrunden im Park, und die steigenden Verkaufszahlen von Fahrrädern scheinen auch ein Indiz gegen eine allgemeine Bewegungslosigkeit zu sein. Aber diese temporäre Individualsportbewegung erfasste nicht alle gleichermaßen. Die Vermutung liegt nahe, dass es sich dabei tendenziell um leistungsorientierte und sozioökonomisch starke Gruppen mit hoher Belastbarkeit und intrinsischer Motivation zur Bewegung handelt. Soziologische Untersuchungen zur Zusammensetzung von Marathons oder Triathlons stützen diese Annahme. Alle anderen – übrigens die große Mehrheit –, die einen Rahmen zur Sportausübung brauchen, waren zur Bewegungslosigkeit verurteilt. Am deutlichsten wird dies natürlich beim Kinder- und Jugendsport, der mit am stärksten unter der Pandemie gelitten hat. Sportvereine schaffen diesen Rahmen, sie sind soziale Tankstellen unseres Landes. Ungeachtet von Alter, Hautfarbe oder Behinderung motivieren sich Menschen im Verein untereinander. Sie stärken sich gegenseitig. Die Pandemie und die mit ihr einhergehenden Einschränkungen haben großen Teilen der Gesellschaft die Möglichkeit zur Bewegung genommen. Corona hat den Rahmen entzogen, der für viele unabdingbar ist. Sport muss für alle möglich sein. Die Ungleichbehandlung im Rahmen der Pandemiebekämpfung hat die gemeinschaftsstiftende Funktion der Sportvereine schmerzhaft durch die Schließungen deutlich gemacht. Damit ist auch klar: Für den Zusammenhalt von allen Gruppen der Gesellschaft brauchen wir verbindende Elemente wie den organisierten Sport. Auch deshalb sind die rückläufigen Neumitgliederzahlen in den Vereinen, gerade im Kinder- und Jugendbereich, ein Alarmsignal. Wer den Zusammenhalt in der Gesellschaft stärken will, kommt an den Sportvereinen nicht vorbei.

2 In Bewegung bleiben – Engagement ist kein Selbstläufer

These: Das ehrenamtliche Engagement lebt von seiner Kontinuität – längere (Zwangs-)Pausen des Engagements gefährden seinen Erhalt.

Knapp acht Millionen Menschen sind in Deutschland ehrenamtlich im Sport engagiert – als Trainer*innen, Betreuer*innen, als Platzwarte, als Amtsträger*innen und in zahlreichen weiteren Funktionen. Während der Pandemie waren die Ehrenamtlichen gleichzeitig mit einer erheblichen Einschränkung des Engagements, zum Beispiel bei den Trainer*innen, aber auch mit einer massiven Aufgabenvervielfältigung zum Beispiel bei der Erstellung von Hygieneplänen, bei der Sicherstellung der Finanzierung, bei der Werbung der Mitglieder um Verständnis und zur weiteren Unterstützung des Vereins konfrontiert. Beides, Unter- und Überforderung, wirken aber auf Dauer ernüchternd und werden zur Gefahr für das ehrenamtliche Engagement. Ehrenamtliche engagieren sich aus Überzeugung und Leidenschaft und nicht aus ökonomischen Zwängen. Nur weil nach der Pandemie die Produktionen und die Dienstleistungen wieder hochfahren, kann man das nicht automatisch für das Ehrenamt erwarten. Engagement braucht nicht nur Anerkennung, sondern auch Kontinuität – es lebt von seiner Bewegung. Wenn das System Ehrenamt zum Stillstand kommt, besteht die Gefahr, dass die für das Engagement eingesetzte Zeit nicht auf Dauer freigehalten, sondern anderweitig genutzt wird. Viele Engagierte haben gerade in der Pandemie andere gesellschaftliche Aufgaben übernommen. Ob und wie hart der Corona-Stillstand das Ehrenamt im Sport wirklich getroffen hat, wird sich erst in den nächsten Jahren zeigen. Doch eines ist jetzt schon klar: Ein solcher Stillstand darf sich nicht wiederholen.

3 In Bewegung leben – die Zukunft mitgestalten

These: Corona hat wichtige Zukunftsfragen vorübergehend verdrängt. Der Sport muss Verantwortung für seine Strukturen übernehmen, hat aber auch das Potential, Transformationsmotor für die Gesellschaft zu sein.

Die Herausforderung der Pandemiebekämpfung hat in den letzten zwei Jahren alle Debatten dominiert sowie Aufmerksamkeit und finanzielle Ressourcen überproportional in Anspruch genommen. Viele weitere Zukunftsaufgaben, wie beispielsweise der Klimaschutz, die Digitalisierung oder die Folgen des demographischen Wandels, verharrten im Stillstand. Auch wenn der Wunsch nach einem entspannten Zurücklehnen nach der anstrengenden Pandemiezeit groß ist, müssen wir uns als Gesamtgesellschaft jetzt den nächsten Herausforderungen stellen. Auch der organisierte Sport trägt als größte zivilgesellschaftliche Bewegung der Republik dabei eine Verantwortung, der er gerecht werden will. Während uns die soziale Isolation vor Corona geschützt hat, sind die Nebenwirkungen von Bewegungslosigkeit in Form von Herz-Kreislauf-Erkrankungen oder Diabetes ein drängendes und akuter werdendes Problem. Gerade hier kann der Sport der Schlüssel zur Lösung sein, wenn wir die Menschen in Bewegung bringen. Die Digitalisierung hat in der Pandemie einen unverhofften Boost erfahren – auch in den Vereinen. Sitzungen per Videokonferenz sind jetzt keine Ausnahme mehr, und damit wird auch die Vereinbarkeit von Ehrenamt und Familie verbessert. Die Mitgliederverwaltung wird digital, und auch die Sportangebote müssen eine junge, digitale Generation ansprechen. Die Hoffnung liegt in der Vernetzung und die Herausforderung darin, alle auf dem Weg in eine digitale Welt mitzunehmen. Außerdem muss und will auch der Sport klimaneutral werden, doch die Sanierung von maroden Sportstätten für den Klimaschutz, wie auch eine nachhaltige Mobilitätswende zum Beispiel zur Anreise zu Training und Wettkampf sind Herkulesaufgaben, die der Sport nicht allein, sondern nur die Gesamtgesellschaft lösen kann.

Das ansonsten an dieser Stelle übliche Fazit wäre verfrüht, denn die Pandemie ist noch nicht vorbei. Noch immer ist der Sportbetrieb nicht wie zu präpandemischen Zeiten möglich, noch immer gibt es zahlreiche Einschränkungen, und vor allem sind die Auswirkungen der letzten anderthalb Jahre an zahlreichen Stellen spürbar. Festhalten lässt sich aber schon an dieser Stelle, dass ohne das Engagement und die Kreativität der unzähligen Ehrenamtlichen im Sport, aber auch in anderen Bereichen der Zivilgesellschaft, unser Gemeinwesen nicht funktionieren, wenn nicht gar kollabieren würde. Dabei hat auch der organisierte Sport eindrucksvoll unter Beweis gestellt, dass er resilient, anpassungsfähig und attraktiv ist. Und auch wenn es in den politischen Entscheidungen nicht immer sichtbar war: Der organisierte Sport war, ist und bleibt systemrelevant!

Veronika Rücker
Vorstandsvorsitzende des DOSB

Prälat Dr. Martin Dutzmann

„Der Mensch lebt nicht vom Brot allein."

Was die evangelische Kirche durch die Corona-Pandemie (neu) gelernt hat.

Was die Kirchen während der Pandemie erlebten und erleben

Die Pandemie war „zunächst eine gigantische Unterbrechung", wie es der Kulturbeauftragte des Rates der EKD, Johann Hinrich Claussen, formuliert. „Die Zivilgesellschaft war zeitweise stillgestellt, die Künste haben geschwiegen, die Kirchen ein Notprogramm gefahren, wir haben in einer ‚berührungslosen Gesellschaft' (Elisabeth von Thadden) gelebt. Die Langzeitfolgen davon können wir noch nicht absehen." Und so sah das „Notprogramm" der Kirchen aus: Gottesdienste wurden abgesagt, Religionsunterricht wurde nicht erteilt, Taufen und Hochzeiten fanden nicht statt, Konfirmationen wurden verschoben und Trauerfeiern waren nur im allerengsten Kreis möglich. Wie in Einrichtungen anderer Träger starben auch in kirchlichen Krankenhäusern und Pflegeheimen Menschen, ohne dass ihre Angehörigen ihnen zur Seite stehen konnten. Selbst Seelsorgern und Seelsorgerinnen war es anfangs nicht möglich, schwer kranke und sterbende Menschen zu begleiten. Nicht wenige Menschen litten unter diesen drastischen Einschränkungen und vermissten schmerzlich die Gegenwart und die Zuwendung von Kirchenvertretern und -vertreterinnen.

Die Kirchen versuchten nach Kräften, diesen Mangel durch digitale Angebote auszugleichen, etwa indem sie ihre Gottesdienste im Internet übertrugen. Aber auch in Fernsehgottesdiensten, über Pressemeldungen und digitale Botschaften meldeten sich Kirchenleute zu Wort. Dabei ist eine Fülle von teils neuen digitalen Gottesdienst-, Veranstaltungs- und Kommunikationsformen entstanden.

Auch kirchliche Beratungsstellen mussten mit der Situation umgehen und berieten Ratsuchende telefonisch oder per Videokonferenz. Allerdings konnten auf diese Weise nur bereits bestehende Beratungskontakte fortgeführt werden, Erstgespräche kamen kaum zustande. Der Leiter der Psychologischen Familienberatungsstelle der Diakonie in Gronau, Ingo Stein, deutet dies sowie die Tatsache, dass der erwartete pandemiebedingte Anstieg von Beratungsanfragen ausblieb, so: „Selbständige mit Existenzsorgen, Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen, Alleinerziehende hatten so viel mit der Bewältigung ihres Alltags zu tun, dass für die Organisation von Beratungsgesprächen die Energie fehlte." Das Team der Beratungsstelle sah sich veranlasst, „so schnell wie möglich wieder face-to-face-Beratung an(zu)bieten". Zugleich wurde jedoch die Telefonseelsorge stärker als zuvor in Anspruch genommen.

Auch in den Kirchengemeinden war zu spüren, dass die Pandemie viele gesellschaftliche Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten verstärkt hat. Während die einen leidlich gut durch die Krise kamen und kommen, brach beziehungsweise bricht anderen die Existenzgrundlage weg. Die jüngere Generation und die Familien hatten und haben mit besonderen Belastungen zu leben: Berufstätigkeit, Kleinkindbetreuung und Homeschooling waren und sind zeitweise noch immer unter einen Hut zu bringen, während für die Kinder und Jugendlichen Kontakte mit Gleichaltrigen stark eingeschränkt wurden oder ganz wegfielen – mit allen Folgen für soziale, psychische, emotionale und – durch mangelnde Bewegung – auch körperliche Entwicklungsmöglichkeiten.

Die geforderte Rücksicht auf andere beziehungsweise die Notwendigkeit der von der Bundesregierung und den Landesregierungen jeweils ‚auf Sicht' verordneten Pandemie-Maßnahmen mit ihren freiheitsbeschränkenden Folgen leuchtete beziehungsweise leuchtet nicht allen Menschen ein. Die Folge davon sind zunehmende gesellschaftliche Konflikte und demokratiegefährdende Entwicklungen. Das alles hat auch die Kirchen sehr beschäftigt und beschäftigt sie noch. Außerdem wurden sie durch ihre Partnerkirchen in aller Welt einmal mehr auf Fragen weltweiter Gerechtigkeit und Solidarität aufmerksam gemacht, insbesondere was den Zugang zu medizinischen Gütern, aktuell den Impfstoffen gegen Covid

19, betrifft. Nicht zuletzt hat die Pandemie die Kirchen auch finanziell getroffen. Nach Jahren steigender Kirchensteuereinnahmen war im Jahr 2020 ein starker Rückgang zu verzeichnen. Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses der EKD-Synode, Superintendent Christian Weyer, stellt fest, dass nicht nur die zurückgehenden Mitgliederzahlen, sondern auch „die allgemeine Verunsicherung, die die Covid-19-Pandemie in der Weltsicht vieler Menschen ausgelöst hat", die Finanzplanung der Evangelischen Kirche verändern müsse. Es sei verstärkt zu fragen: „Was ist wesentlich?"

Was der Mensch zum Leben braucht

Die Pandemie zwingt die Kirche dazu, sich auf das Wesentliche zu besinnen. Exemplarisch wird das an jener Alternative deutlich, die (nicht nur) innerkirchlich zum Teil leidenschaftlich diskutiert wurde: Muss die Kirche in erster Linie Leben schützen oder muss sie vor allem nah bei den Menschen sein? Was ist wichtiger: Sicherheit oder Seelsorge? Aber handelt es sich hier wirklich um eine Alternative? Muss es der Kirche nicht sowohl um das „Dass" als auch um das „Wie" des Lebens der Menschen gehen? Das Neue Testament jedenfalls hält beides zusammen.

Wenn vom „Leben" die Rede ist, verwendet das Neue Testament verschiedene griechische Begriffe. Gemeinsam beschreiben sie, was menschliches Leben ausmacht. Das Wort „bios" meint das Organische, Materiale des Lebens, „das Leben in seiner äußeren Erscheinung, de[n] Lebenswandel" oder auch „de[n] Lebensunterhalt", es bezieht sich also „auf die Belange der irdischen Existenz". „Psyche" steht für „das dem Individuum eigene Leben, die Lebenskraft, die Seele als Träger des Lebens". Das Wort „zoe" schließlich verweist auf „das Leben im Gegensatz zum Tod, das ewige Leben, das von Gott und Christus ausgehende Leben der Gläubigen" (vgl. Gerhard Dautzenberg: „Leben. IV. Neues Testament", in: Theologische Realenzyklopädie, Bd. 20, S. 526). Dass menschliches Leben alle diese Dimensionen in sich vereint, bedeutet, dass alle gleichermaßen zu ihrem Recht kommen müssen. Deshalb heißt es im 4. Kapitel des Matthäusevangeliums: „Der Mensch lebt nicht vom Brot allein, sondern von einem jeden Wort, das aus dem Mund Gottes geht". Auf die Pandemie angewendet bedeutet das: Menschen brauchen Gesundheitsschutz und sie bedürfen der Erlebnisse, Erfahrungen und Begegnungen, die sie seelisch stärken und solcher, die sie ihres Glaubens vergewissern.

Dem Schutz des biologischen Lebens musste allerdings zu Beginn der Pandemie ein gewisser Vorrang zukommen. Es durfte nicht geschehen, was in Italien geschehen war, nämlich dass Geistliche in Ausübung ihrer Seelsorgetätigkeit das Virus weiterverbreiten. Auch durften Gottesdienste nicht zu Hotspots der Infektion werden. Je länger aber die Pandemie andauerte, umso deutlicher wurde, dass menschliches Leben mehr ist als bloßes Überleben und dass auch die Seele zu ihrem Recht kommen muss. Die Kirchen müssen also auch während einer Pandemie ihren Dienst tun können. Es ist dies ein Dienst an einzelnen Menschen, aber letztlich auch ein Beitrag zur Entwicklung einer resilienten Gesellschaft.

Welche Lehren die evangelische Kirche aus der Pandemie ziehen wird

Die evangelische Kirche wird nunmehr nüchtern ihr Reden und Handeln im Verlauf der Pandemie zu reflektieren haben: Wo haben wir falsch gelegen? Was sind wir Menschen schuldig geblieben? Was müssen wir deshalb in vergleichbaren Situationen anders machen? Aber auch: Was ist während der Pandemie gut gelungen und kann Eingang in die künftige Regelpraxis finden? Hier ist insbesondere an die neu entdeckten Möglichkeiten digitaler Verkündigung und Seelsorge zu denken.

Die bleibenden gesellschaftlichen Herausforderungen und die Nachwirkungen der Pandemie nötigen die Kirche, noch stärker als bisher zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beizutragen. Sie wird sozialer Distanzierung und Vereinzelung entgegentreten und dazu beitragen, dass Konflikte respektvoll gelöst werden.

In der Pandemie wurde deutlicher als bisher, dass Menschen voneinander abhängig und aufeinander angewiesen sind – innerhalb unserer Gesellschaft und weltweit. Ausgehend von dieser Erfahrung wird die Kirche sich noch stärker für Solidarität und für einen Ausgleich finanzieller und ökonomischer Ungleichheiten einsetzen.

Und schließlich: Die neu erwachte Einsicht, dass zum Leben auch eine spirituelle Dimension gehört, wird die Kirche künftig ihre „Systemrelevanz" mutiger vertreten lassen.

EKD
Evangelische Kirche
in Deutschland

Prälat Dr. Martin Dutzmann
Bevollmächtigter des Rates der EKD
bei der Bundesrepublik Deutschland
und der Europäischen Union

Dr. Zekeriya Altuğ

Die Corona-Pandemie: Eine Zeit der Bewusstwerdung und der gemeinsamen Verantwortung

„Mit dem Namen Allahs, des Barmherzigen, des Gnädigen" lautet der Vers, den die Muslime zu Beginn jeder ihrer Handlungen rituell aussprechen, um die Hilfe Gottes zu erbitten. Mit Blick auf Krisen werden aber gerade diese Eigenschaften Gottes von manchen besonders hinterfragt. Gleichzeitig erflehen Menschen in einer Krise oder Gefahr reflexartig eben diese Barmherzigkeit und den Schutz des Schöpfers. Dieses als paradox zu bewerten, mag naheliegen, denn schließlich sind es gerade die unangenehmeren Phasen im Leben, die uns als Individuum wie auch als Gesellschaft prägen und formen. Und gerade in Krisenzeiten brauchen wir die Werte und die Rechtleitung wie Nächstenliebe, Solidarität und Zuversicht angesichts großer Entbehrungen und Verluste, um die Kraft zu finden weiter zu machen.

Die Corona-Krise und die damit einhergehenden Herausforderungen und Debatten haben die ganze Welt unerwartet getroffen. Die Unsicherheit am Anfang, über welche Wege sich das Virus ausbreitet, wie gefährlich es tatsächlich für den Einzelnen sein kann, ob und wie man sich dagegen schützen kann, wann es ein Mittel oder eine Impfung geben wird, waren Fragen, auf die es wöchentlich neue Antworten zu geben schien. Die nötigen Maßnahmen, um so viele Menschenleben wie möglich zu schützen, forderten von uns, Abstand zu unseren liebsten Menschen zu halten und das gesellschaftliche Leben herunterzufahren. Die Einschränkungen unserer Freiheiten, wie zum Beispiel die zeitweise gültige Ausgangssperre oder auch Einschränkungen bei Feiern, Veranstaltungen, ja sogar Bestattungen und selbst Familienbesuchen, forderten viele Entbehrungen und lösten zum Teil auch Unverständnis aus. Auch hier gab es viele, die die Ängste und Zweifel der Menschen politisch wie gesellschaftlich ausnutzten, um Zweifel und somit Zwietracht zu säen.

Corona-Pandemie: Eine neue Gefahr schafft neue Riten und neue Religionspraxis

Die Religionsfreiheit ist ein hohes Gut, was auch durch das Grundgesetz garantiert ist. In der Corona Pandemie stellte sich also die Frage, ob und in welchem Rahmen neben den Einschränkungen des täglichen Lebens, auch die Religionsfreiheit eingeschränkt werden durfte. Die Bundesregierung, wie auch Landesregierungen waren bemüht, diese Freiheit zu respektieren. Dennoch war eine traditionelle Religionspraxis in den Gotteshäusern, Kirchen wie Moscheen, nicht mehr möglich.

Daher haben die Religionsgemeinschaften ihre Freiheit richtigerweise als eine Pflicht zu verantwortungsvollem Handeln gedeutet und selbst Einschränkungen bei gemeinsamen Gottesdiensten beschlossen, um den Kampf gegen das Virus zu unterstützen. Insbesondere Moscheeverbände in Deutschland waren Vorreiter. Als sich im März 2020 anbahnte, dass weitreichende Maßnahmen wegen der Pandemie eingeleitet würden, hat der Koordinationsrat der Muslime der Bundesregierung das Angebot der Aussetzung von Gottesdiensten gemacht und auch bei der späteren schrittweisen Wiederaufnahme von gemeinsamen Gottesdiensten stets in engem Kontakt mit der Bundesregierung gestanden. Weitere Unterstützung in der epidemischen Lage wie Aufklärungsarbeit zum Schutz vor Infektionen, Aufrufe zum Impfen in Freitagspredigten, Impfaktionen in Moscheen, Hilfe für Bedürftige und Ältere rundeten diese Haltung zur „Wahrnehmung der Freiheit in Verantwortung und Solidarität" ab.

Die teilweise ausgefallenen Gottesdienste wurden von den Gemeinden gut akzeptiert. Dennoch war der Wegfall gemeinschaftlicher Riten und damit der gegenseitigem Interaktion in der Moschee vor oder nach dem Gottesdienst für die Gläubigen besonders hart. In einer Zeit großer Ängste und Unsicherheit waren die Menschen auch der spirituellen und gemeinschaftlichen Unterstützung beraubt. Das stellte die Islamische Religionsgemeinschaften und Moscheen vor die große Aufgabe, die Menschen auf anderen Wegen zu erreichen, um ihnen den nötigen Beistand zu geben.

Digitale und andere innovative Angebote wurden schnell entwickelt und umgesetzt. Für den Wegfall der für Muslime sehr wichtigen Terawih-Gebete im Fastenmonat Ramadan wurden Online- und TV-Angebote entwickelt und ermöglichten somit ein wenig Spiritualität in den eigenen vier Wänden. Anstelle der besinnlichen traditionellen Iftaressen abends mit Familie und Nachbarn trat das „Iftar to Go", bei dem die Moscheegemeinden abends Essenspakete ins Haus lieferten.

Für Kinder waren während der gesamten Pandemie Online-Angebote der Moscheen zum Lernen und Spielen eine willkommene Ablenkung. Mit Hilfe von Chat- und Videokonferenzgruppen, aber auch Eins-zu-eins-Gesprächsangeboten am Telefon wurden ältere wie jüngere Menschen erreicht. Für diejenigen, die selber weniger Möglichkeiten hatten, organisierte man den Einkauf und lieferte diesen nach Hause. Hilfe bei behördlichen oder anderen Belangen, die im Vergleich zu früher verstärkt online getätigt werden mussten, gehörten ebenso zu den Angeboten, wie auch das Sich-Kümmern und ein wenig gemeinsame Konversation am Telefon. Etwas menschliche Nähe trotz der einzuhaltenden Distanz brauchten wir alle.

Dass Muslime 14 Jahrhunderte alte Gebote und Riten ändern und bei den gemeinsamen Gebeten über eineinhalb Jahre lang die Reihen mit Abstand und Mund-Nasen-Schutz aufstellen mussten, bedurfte einer sehr intensiven theologischen Debatte, ob dies überhaupt möglich sei. Denn es ist ein prophetisches Gebot, beim gemeinschaftlichen Gottesdienst Schulter an Schulter geschlossen zu stehen. Dennoch haben die in Deutschland vom Koordinationsrat der Muslime (KRM) in Abstimmung mit Gesundheitsämtern und Virologen erarbeitete Abstandsregel, wie auch die anderen Hygienemaßnahmen weltweite Nachahmung und breite Anwendung gefunden.

Home Office und Online-Unterricht sorgten dafür, dass die Kernfamilie mehr Zeit miteinander verbrachte. Dies hat uns vor neue organisatorische Herausforderungen gestellt und lief nicht immer reibungslos ab. Es sorgte aber auch für mehr familiäres Miteinander, und die ein oder andere Tradition gemeinsamer Tätigkeiten wurde aus der verstaubten Kiste geholt. Der Lockdown führte uns vor Augen, dass Konsum nicht DAS Mittel für Glückseligkeit ist, sondern dass Gesundheit und Teilen mit anderen Menschen auch Glück spendet.

Viele junge Menschen haben durch ihr Engagement und ihre Hilfe eine Generationenbrücke aufgebaut und durch die Bereitschaft zur Einschränkung neue Hoffnung und Zuversicht geschenkt, indem sie Nächstenliebe und Verantwortung vorgelebt haben.

Religionen in besonderer Verantwortung: Eine Zeit des Zusammenwachsens

Die Religionsgemeinschaften waren unter anderem die Orte, wo diese Hilfsbereitschaft, Solidarität und Nächstenliebe am sichtbarsten waren. Durch die Aktion der Kirchen und Moscheen, einmal am Tag mit Glockengeläut und Ezan (Gebetsruf) öffentlich den Menschen zu signalisieren: „Wir sind für euch da! – Gott ist mit uns!" haben sie ein besonderes Zeichen des gemeinsamen Wirkens in Zeiten der Not gezeigt. Die Aktion erinnert daran, dass wir alle gemeinsam in einem Boot sitzen und gemeinsame Verantwortung tragen. Aber auch, dass wir auch dann, wenn es uns gut geht, gemeinsam und solidarisch unbedingt verantwortungsbewusst handeln müssen. Die Religionsgemeinschaften erinnert sie an ihre Aufgabe der Rechtleitung und Mahnung, aber auch des spirituellen Beistands und Sich-Kümmerns.

Dass die Gesellschaft in der Pandemiezeit stärker zusammengewachsen ist, dass Muslime, Juden und Christen, seit Generationen hier lebende oder später eingewanderte Menschen Hand in Hand als eine Gesellschaft funktioniert haben, macht Mut. Gräben in der Gesellschaft entstanden in dieser Zeit nicht zwischen den Religionen oder Kulturen, sondern durch spalterische Populisten innerhalb der jeweiligen Gesellschaftsgruppen. Dem gegenüber steht die geschlossene Haltung aller Religionen in Deutschland, im Bewusstsein ihrer Verantwortung für den einzelnen Menschen und in Kooperation mit den staatlichen Institutionen und der Wissenschaft zu handeln.

Manch einer mag die Zahlen relativieren oder die Maßnahmen für überzogen halten. Doch viele von uns haben trotz dieser Maßnahmen ein oder mehrere Bekannte verloren. Ohne sie hätte ein jeder von uns vermutlich noch mehr geliebte Menschen verlieren können. Im Rückblick betrachtet haben die vielen Maßnahmen und Entbehrungen unzählige Leben gerettet. Ob und wen es vielleicht hätte treffen können, werden und wollen wir nicht erfahren. Vielmehr sollten wir dankbar sein für jeden geliebten Menschen, mit dem wir heute noch zusammen sein können, beziehungsweise von dem wir wissen, dass es ihm gut geht.

Ausblick: Solidarität und das Teilen als Rechtleitung der Religionen

Die Einschränkungen in der Pandemie haben natürlich wirtschaftliche und gesellschaftliche Entbehrungen mit sich gebracht. Diese können im Gegensatz zu Gesundheit und Menschenleben wieder ausgeglichen werden. Die Erfahrungen und Erkenntnisse daraus haben uns insgesamt nicht schwächer, sondern als Gesellschaft stärker gemacht und besser gegen künftige Krisen gefeit.

Als es darauf ankam, haben Religionsgemeinschaften und die Zivilgesellschaft Verantwortung übernommen; unsere auf Ehrenamt und Eigenverantwortlichkeit basierende Zivilgesellschaft hat funktioniert. Deutschland steht – trotz aller Schwierigkeiten und Defizite – im internationalen Vergleich gut da.

Nicht nur bei der Corona-Pandemie, auch in der Flutkatastrophe haben die Religionsgemeinschaften, allen voran die Moscheeverbände und Gemeinden schnell und unbürokratisch geholfen. Diese Solidarität und Gemeinsamkeit gilt es stärker zu kommunizieren und in Zukunft weiter auszubauen.

Dabei haben die Religionsgemeinschaften auch die Pflicht, unangenehme Wahrheiten und Mahnungen als Rechtleitung zu formulieren und weitere Allianzen zu schmieden. In Geschlossenheit und unter Achtung der Schöpfung müssen wir die vor uns liegenden Herausforderungen angehen.

Manche Krisen, wie zum Beispiel die Flutkatastrophe Mitte des Jahres oder die Corona-Pandemie trafen uns unerwartet. Andere, wie die Klimakrise, die spätestens seit der „Fridays for Future!"-Bewegung die öffentliche Debatte beherrscht kündigen sich über Jahre oder Jahrzehnte an. Die Klimadebatte ist letztlich eine abgewandelte Form ehemaliger Debatten um Umweltverschmutzung, Waldsterben, Ozonloch, Artensterben in der Tierwelt, Wasserknappheit in weiten Teilen der Welt und vieles mehr, die uns seit den Achtzigern des letzten Jahrhunderts begleiten. Hinter allen diesen Debatten und Krisen steht die gleiche Frage: Wie sollte der Mensch, der aufgrund seiner Fähigkeiten alle Möglichkeiten besitzt, sich die Ressourcen der Welt eigen zu machen, mit dieser Macht umgehen?

Dass der Mensch, egal ob religiös oder nicht, sich als Herr der Schöpfung aufspielt und nimmt, was er will, ist nicht (mehr) fortführbar. Dass Ressourcen endlich sind und der Mensch nicht das einzig relevante Wesen auf der Erde ist, haben wir mittlerweile verstanden. Dennoch tun wir nach jeder neuen Katastrophe überrascht. Allzugern vergessen wir die vielen Mahnungen und Empfehlungen, die uns zu einem kooperativen beziehungsweise behütenden Umgang mit der Natur und der Schöpfung ermahnen, die zur Genüge vorhanden sind, wie die Empfehlung des Gesandten Muhammed (s.a.v. / der Segen Allahs und Friede sei mit ihm) vor 1400 Jahren, die Natur zu achten und selbst im Angesicht des drohenden Weltuntergangs noch einen Baum zu pflanzen, wenn man die Möglichkeit hat.

Zeiten großer Not können – angestachelt von Populismus und Protektionismus – zu Radikalisierung und Spaltung von Gesellschaften führen. Aber vernunftorientiertes Handeln von gesellschaftlichen Akteuren, staatlichen Vertretern, besonders aber der Religionsgemeinschaften können zu einem Leuchtturm werden und den Weg der Solidarität aufzeigen. Gemeinsame Bemühungen ermöglichen Lösungen, wie es zuletzt auch bei der Aufnahme der auf dem Balkan gestrandeten Flüchtlinge im Jahr 2015 gelungen ist.

Obwohl der Satz: „Wir schaffen das!" dazu führte, dass unsere Bundeskanzlerin auf politischer und populistischer Ebene heftigster Kritik ausgesetzt war, so kann man rückblickend sagen, dass wir die Herausforderung gut gemeistert haben. Damals hat sich die „Allianz für Weltoffenheit" als eine Aktion gegen die Spaltung unserer Gesellschaft gegründet und mit ihrem Appell für mehr Mitmenschlichkeit ein Zeichen für die Würde eines jeden Menschen gesetzt, die Menschen auf ihre Verantwortung füreinander erinnert. Durch den ehrenamtlichen Beitrag großer Teile unserer Bevölkerung wurden die Werte, die Basis unserer Gesellschaft sind, vorgelebt. Dass die Moscheegemeinden erstmals in einer solch breiten Koalition und als Teil Deutschlands, den neu Angekommenen ihre Türen und Herzen öffneten und sie willkommen hießen, zeigte, dass nicht nur die Muslime inzwischen angekommen sind, sondern auch ihre Institutionen.

Dass der während des Lockdowns als Zeichen der Solidarität zusammen mit dem Glockengeläut erklungene öffentliche Gebetsruf in mehreren Gemeinden auch nach der Pandemie als ein Zeichen der religiösen und gesellschaftlichen Vielfalt weiter praktiziert wird, ist ein Zeichen dieser Beheimatung. Zuletzt hat die Stadt Köln ein Modellprojekt für den öffentlichen Gebetsruf beim Freitagsgebet gestartet, um den Beitrag der Muslime zu würdigen und der Normalität auch muslimischen Lebens in Köln Rechnung zu tragen. Diese Entwicklungen zeigen, dass die Gesellschaft in den Krisen stärker zusammengerückt ist und dass wir unsere Vielfalt nicht als Gegensätze, sondern als Bereicherung ansehen können und sollten. Denn erst durch das Teilen gewinnt das, was wir unser Eigen nennen, seinen eigentlichen Wert. Dieses Prinzip, dass der Islam bei den grundliegenden fünf Säulen wie dem Zekat (der sozialen Abgabe) und beim Fastenbrechen im Ramadan so treffend formuliert hat, verstehen wir im Angesicht der Krisen unserer Zeit umso besser: „Teilen heißt seinen Besitz zu vermehren!"

KRM
Koordinationsrat der Muslime

Dr. Zekeriya Altuğ
Vorsitzender des Islamischen
Kompetenzzentrums
für Wohlfahrtswesen e.V.,
Mitglied im Koordinationsrat
der Muslime KRM

Dr. Josef Schuster

Neue Wertschätzung für die Demokratie

Nach notwendiger Einschränkung der Grundrechte wieder mehr Freiheit wagen

Die Corona-Pandemie hat bisher in vielen Bereichen zu paradoxen Situationen geführt. Das gilt auch für die Religionsgemeinschaften: Inzwischen sind wir soweit, dass wir zu den hohen Feiertagen volle Synagogen fast fürchten. Es macht sich eine gewisse Erleichterung bemerkbar, wenn sich die Zahl der angemeldeten Gottesdienst-Besucher in einem Rahmen hält, in dem wir die Abstände gut einhalten können. Dazu kommt, dass traditionelle Gemeinden nicht die Möglichkeit haben, einen Gottesdienst live zu streamen. Denn am Schabbat oder an Feiertagen ist die Benutzung elektronischer Geräte untersagt.

Dabei ist die Zusammenkunft der Gläubigen existenzieller Bestandteil von Religion. So sehr Religion das Gebet jedes Einzelnen ebenso ermöglicht wie – gerade im Judentum – die Feier des Schabbats oder von Feiertagen im privaten Rahmen, so ist das Fundament der Religionsgemeinschaften die Begegnung.

Besonders spürbar wurde dieses Paradoxon zu Beginn der Pandemie. In den ersten Lockdown im Frühjahr 2020 fiel das Pessach-Fest. Ausgerechnet an den Feiertagen, an denen wir – gerne in großer Familienrunde – die Freiheit feiern, nämlich den Auszug der Israeliten aus Ägypten, war unsere Freiheit als Bürger sehr stark eingeschränkt. Weder waren Treffen mehrerer Haushalte erlaubt, noch Gottesdienste oder Reisen, zum Beispiel nach Israel.

Und um den Blick über Pessach hinaus zu weiten: Die Freiheitsbeschränkungen fielen genau in das Jahr, in dem wir der Befreiung vor 75 Jahren gedenken wollten – der Befreiung vom Joch des Nationalsozialismus, der Befreiung der Konzentrationslager. Es ist dies ein besonders bitterer Randaspekt der Corona-Krise: Denn auch die Gedenkfeiern mussten alle abgesagt werden. Gerade die hochbetagten Überlebenden wollte natürlich niemand gesundheitlich gefährden. Viele dieser Menschen hätten vermutlich zum letzten Mal die Möglichkeit gehabt, zu einem runden Jahrestag mit größerer öffentlicher Aufmerksamkeit der Befreiung zu gedenken.

Wie die Langzeitfolgen der Covid-19-Pandemie für die Religionsgemeinschaften aussehen werden, lässt sich derzeit noch gar nicht abschätzen.

Sicherlich gab es auch positive Erfahrungen. Unsere Gemeinden organisierten sehr schnell Einkaufshilfen für die älteren Mitglieder, gerade was die Versorgung mit koscheren Produkten betraf. Rabbiner boten Shiurim, also Tora-Auslegungen, online an, waren aber ebenso telefonisch im Kontakt mit Gemeindemitgliedern, die kein Internet hatten. Das hat an einigen Stellen den Zusammenhalt gestärkt. Jüngere Mitglieder merkten, dass sie gebraucht wurden, die Älteren fühlten sich nicht vergessen.

Dennoch stellen sich jetzt Fragen, die uns Sorgen bereiten: Werden gerade die jüngeren Menschen in die Gemeinden zurückkehren, obwohl sie sich vermutlich viel leichter als die Älteren damit arrangiert haben, das Gemeindeleben virtuell zu verfolgen? Treten sie aus ihrer Gemeinde aus, weil sie festgestellt haben, dass die Übertragung eines Gottesdienstes von irgendwo auf der Welt viel interessanter und dazu noch ohne Gemeindesteuer zu haben ist? Und zeitlich ist man auch flexibler, denn Videos stehen immer zur Verfügung.

Fassungslosigkeit über Demos der Corona-Leugner

Die Einschränkung der Religionsfreiheit wurde und wird in der jüdischen Gemeinschaft mit großer Toleranz hingenommen. Denn im Judentum steht der Schutz des Lebens an höchster Stelle. Um Leben zu retten, dürfen etwa am Schabbat andere Ge- und Verbote gebrochen werden, zum Beispiel durch die Nutzung eines Krankenwagens oder eine dringend notwendige medizinische Operation. Daher waren und sind die Corona-bedingten Maßnahmen mit Blick auf Schutz von Leben und Gesundheit aus Sicht der jüdischen Community nachvollziehbar und angemessen.

Zudem gibt es in der jüdischen Gemeinschaft zwei Gruppen, die einen viel stärkeren Entzug von Freiheit und Grundrechten kennen: Das sind die noch verbliebenen Schoa-Überlebenden und Menschen, die in der ehemaligen Sowjetunion unter der Diktatur gelitten haben. Keine Versammlungsfreiheit, keine Reisefreiheit, keine Religionsfreiheit sowie viele Einschränkungen im täglichen Leben – das hat die Generation der Zuwanderer in unserer Community schon in ganz anderem Ausmaß und mit viel gravierenderen persönlichen Konsequenzen erlebt.

Umso fassungsloser blicken wir auf eine Entwicklung, die die Corona-Pandemie zutage befördert hat: die Demos der Corona-Leugner und der sogenannten Querdenker. Als Mediziner wünsche ich niemandem, sich mit dem Covid-19-Virus zu infizieren. Ebenso sehr wünsche ich mir allerdings, die Infizierung mit dem gesellschaftlichen Corona-Leugner-Virus würde zurückgehen. Denn was wir seit dem Frühjahr 2020 auf den Straßen und im Netz erleben, ist zutiefst besorgniserregend.

Bei den Demonstrationen gegen die Corona-Auflagen und die Impfung kommt eine Mischung zusammen, wie man sie in dieser Form noch nicht kannte: Rechtsextremisten neben linken Impfgegnern, Esoteriker neben christlichen Gruppen, Öko-Latschen neben Springer-Stiefeln. Sie alle eint angeblich die Überzeugung, dass die Grundrechte zu Unrecht eingeschränkt würden. Unter dieser Oberfläche wurde allerdings – auch dank kritischer Beobachter und Journalisten – schnell sichtbar, dass Rechtsradikale diese Bühne nutzen, um den aus ihrer Sicht notwendigen Sturz „des Systems", also des demokratischen und liberalen Rechtsstaats, herbeizuführen.

Geeint wurden die Demonstranten noch durch eine weitere gemeinsame Überzeugung: den Glauben, dass eine geheime Elite das Virus in die Welt gesetzt habe, dass die Bürger zu Marionetten würden et cetera. Das alte antisemitische Narrativ der jüdischen Weltverschwörung wurde der aktuellen Situation angepasst. Rechtsextreme konnten daran nahtlos anknüpfen, die Erzählungen verstärken und damit Zugang zu Menschen finden, die sie vorher schwerer erreicht haben.

Zugleich entstand die paradoxe Situation, dass die Corona-Leugner einerseits Juden als Täter identifizierten und andererseits sich selbst mit Holocaust-Opfern verglichen. Von Anfang an waren bei den Demonstrationen gelbe „Judensterne" in Anlehnung an die NS-Zeit zu sehen. Der Appell der Regierenden, möglichst zu Hause zu bleiben, wurde mit der Situation in den 1940er Jahren gleichgesetzt, in der Juden sich verstecken mussten, um ihr Leben zu retten. Einen traurigen Höhepunkt erfuhr diese Entwicklung, als sich bei einer „Querdenken"-Demo in Stuttgart eine Elfjährige mit Anne Frank verglich. Nicht das Mädchen ist zu verurteilen, sondern die Erwachsenen, die sie dazu gebracht haben.

Ebenso wähnen sich die Querdenker im Widerstand zur angeblichen Corona-Diktatur und vergleichen sich mit Sophie Scholl von der „Weißen Rose". Eine solche Vereinnahmung der Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus durch Menschen, die die Demokratie ablehnen oder mindestens Abneigung gegen unser politisches System schüren, habe ich bisher nicht erlebt.

Mit mangelndem historischen Wissen möchte ich das nicht entschuldigen. Gerade von rechtsextremen Kräften werden diese Narrative und Verschwörungsmythen ganz bewusst genutzt, um sich selbst als Opfer darzustellen, die Regelverstöße zu legitimieren und den Nationalsozialismus zu verharmlosen, wie es Autoren im jüngst erschienenen Sammelband „Fehlender Mindestabstand" (Heike Kleffner/Matthias Meisner) analysiert haben.

Antisemitismus als „kollektiver Wissensbestand"

Angesichts dieser Entgleisungen kam mir der Gedanke, ob sich diese Menschen ein einziges Mal gefragt haben, wie ihre Aktionen auf Überlebende der Schoa wirken. Ich kenne einige alte Menschen, die diesen Stern damals tragen mussten. Ich kenne auch Menschen, die Jahre im Versteck ausharren mussten. Menschen, die als einzige ihrer Familie überlebt haben. Es sind übrigens Menschen, die die Corona-Auflagen tapfer hinnehmen und keinen Grund sehen, sich darüber zu beschweren. Ich wäre froh, wenn sie diese widerliche Instrumentalisierung ihrer Schicksale auf den Demonstrationen gar nicht mitbekommen würden!

Festzuhalten bleibt: Die unterschiedlichen Gruppen, die sich in ihrer Gegnerschaft zur Corona-Politik zusammengefunden haben, haben auf alte antisemitische Stereotype zurückgegriffen. Die Frankfurter Sozialwissenschaftlerin Julia Bernstein spricht im Zusammenhang mit ihrer Forschung über Antisemitismus in Schulen von Antisemitismus, der sich als „kollektiver Wissensbestand" tradiert. Das lässt sich auf die Corona-Leugner übertragen.

Besonders gefährlich wird diese gesellschaftliche Entwicklung, weil sie nicht nur die Menschen erreicht, die vor Ort bei den Demos mitmarschieren, und weil sie nicht an den Grenzen Deutschlands endet. Über die sozialen Netzwerke finden die Verschwörungsmythen und falschen Behauptungen eine immense Verbreitung. Selbst in den Sicherheitsbehörden sind Beamte zu finden, die ihnen anhängen. Eine sehr bedenkliche Entwicklung! Das Internet erleichtert zudem die internationale Vernetzung von Extremisten, wie Studien von jugendschutz.net und vom Auswärtigen Amt gezeigt haben.

Rechtsextremisten suchen sich immer wieder neue Einfallstore, um ihr Gedankengut möglichst weit zu verbreiten. Die Corona-Pandemie hat ihnen ungeahnte Möglichkeiten eröffnet. Sehr schnell und leider gekonnt aufgesprungen auf diesen Zug ist die AfD. Sie geriert sich als parlamentarischer Arm der Corona-Leugner. Nach der Flüchtlingskrise 2015/2016 hat die AfD hier wieder ein neues Thema gefunden. Spätestens, nachdem AfD-Abgeordnete im November 2020 einschlägige Besucher in den Bundestag eingeschleust haben, kann diese Partei ihre Strategie, die Anti-Corona-Bewegung für ihre Zwecke zu nutzen, nicht mehr leugnen.

Mit der steigenden Impfquote und einer stärkeren Normalisierung des Alltagslebens können wir zum Glück auch beobachten, dass die Demokratie lebt – Proteste auf der Straße von Fridays for Future oder eine #Unteilbar-Demo Anfang September in Berlin zeigen uns: Die Zivilgesellschaft ist wach und bereit, den antidemokratischen Kräften der Querdenker und der AfD entgegenzuwirken. Jetzt ist es wichtig, dass alle Ebenen – sei es die Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Justiz, Polizei, Schulen, der Sport, die Kultur und die Religionsgemeinschaften – mitziehen.

Die Publizistin Carolin Emcke hat im Januar dieses Jahres in der „Süddeutschen Zeitung" gefordert: „Darin besteht die eigentliche politische Aufgabe dieser Zeit, in der nicht nur die symbolischen Orte der Demokratie, sondern ihre gelebte Praxis angegriffen werden: den Nachweis zu erbringen, dass es möglich ist, antidemokratische, autoritäre Sehnsüchte eindeutig zurückzuweisen, sich von Hass und Lügen trennscharf zu distanzieren und trotzdem zugleich nach realen Ursachen für das soziale Unbehagen zu suchen."

Demokratische Offensive

Es gilt, in Politik und Zivilgesellschaft nach den Einschnitten in die Freiheit wieder – um mit Willy Brandt zu sprechen – mehr Demokratie zu wagen. Denn so erschütternd 2020 die Bilder der Demonstranten auch waren, die auf den Stufen des Bundestags Reichsflaggen schwenkten – darüber dürfen wir nicht vergessen: Die Corona-Leugner und Rechtsextremisten sind eine Minderheit. All jene Menschen hingegen, die verantwortungsvoll die Maßnahmen gegen die Pandemie mittragen, die für einen respektvollen Umgang miteinander eintreten, die unsere politische Kultur pflegen, all diese Menschen bilden die Mehrheit und zwar die überwältigende Mehrheit.

Dennoch gilt es, wachsam zu bleiben und, wie Carolin Emcke zu Recht sagt, autoritäre Sehnsüchte zurückzuweisen. Die Feinde der Demokratie finden immer neue und perfide Wege, um ihre Ideologie zu verbreiten. Mal sind es Konzerte, mal Computerspiele, mal Demonstrationen. Um das zu durchschauen, braucht es viel Aufklärung. Die Netzwerke der Rechten müssen sichtbar, ihre Methoden aufgedeckt werden. Gerade junge Menschen müssen dafür sensibilisiert werden. Denn sonst laufen sie ahnungslos in die Fallen der rechten Rattenfänger.

Wir brauchen eine demokratische Offensive, die eine Bildungsoffensive umfasst, von den Schulen bis zu Integrationskursen. Deutlich stärkere politische Bildung sowie Demokratieerziehung und „Holocaust education" sind vonnöten. Zivilgesellschaftliche Initiativen bedürfen ebenfalls einer Stärkung, um langfristig planen und nachhaltig arbeiten zu können. Daher sollte die neue Regierungskoalition schnell das geplante Demokratiefördergesetz auf den Weg bringen. Die Corona-Krise war auch für viele dieser Vereine und Initiativen schwer zu überstehen, gerade weil dort viele Ehrenamtliche arbeiten und Begegnung ein wichtiger Faktor ist. Daher muss ihnen jetzt der Rücken gestärkt werden.

Viele Bürger wissen neu zu schätzen, welch hohen Wert unsere demokratischen Grundrechte haben. Daraus Schubkraft zu gewinnen für den demokratischen Rechtsstaat – das ist jetzt unsere gemeinsame Aufgabe.

ZENTRALRAT DER JUDEN
IN DEUTSCHLAND

Dr. Josef Schuster
Präsident des Zentralrats der Juden
in Deutschland

Impressum

Sonderbeilage „Solidarität und Zusammenhalt“
in Politik & Kultur – Zeitung des Deutschen Kulturrats
(Ausgabe Dezember 2021/Januar 2022)
sowie in der **Jüdischen Allgemeinen** (Ausgabe 48/21)

Herausgeber: Allianz für Weltoffenheit
IQ Consult Gemeinnützige Gesellschaft
für Weltoffenheit, Toleranz und Vielfalt mbH
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
info@allianz-fuer-weltoffenheit.de
allianz-fuer-weltoffenheit.de

Redaktion: Allianz für Weltoffenheit
Kristian Schalter
Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
Dr. Alexander Kalbarczyk
Deutsche Bischofskonferenz
Christoph Hoeft
Deutscher Gewerkschaftsbund
Gabriele Schulz
Deutscher Kulturrat
Tobias Pforte-von Randow
Deutscher Naturschutzring
Christian Sachs
Deutscher Olympischer Sportbund
Dr. Dorothee Godel
Evangelische Kirche in Deutschland
Aiman Mazyek
Koordinationsrat der Muslime
Maximilian Riegel
Zentralrat der Juden in Deutschland

Redaktionelle Beratung
ConBrio Verlag, Barbara Haack & Andreas Kolb

Grafik
Joachim J. Kühmstedt, J4 STUDIO, Hamburg

Druck
Freiburger Druck GmbH und Co.KG

Herstellung
conbrio.de

Illustrationen
iStockphoto.com

Fotonachweise
Dr. Rainer Dulger © BDA/Michael Hübner
Bischof Dr. Georg Bätzing © Bistum Limburg/
Georg Kreuzgang
Reiner Hoffmann © DGB/Detlef Eden
Prof. Dr. Susanne Keuchel © Uwe Schinkel
Prof. Dr. Kai Niebert © Thomas Entzeroth
Veronika Rücker © DOSB
Prälat Dr. Martin Dutzmann © EKD
Dr. Zekeriya Altuğ © KRM
Dr. Josef Schuster © Zentralrat der Juden
in Deutschland

Uns eint das Ziel,
für eine solidarische
Gesellschaft einzutreten,
die sich durch sozialen
Zusammenhalt mit
starker wirtschaftlicher
Grundlage auszeichnet
und imstande ist,
gesellschaftliche
Polarisierungen zu
überwinden.